

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

erschienen wöchentlich am Samstag.
Seitenspreis vierteljährlich 1.50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Rich. Müller
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vor dem Staatsstreich

In Berlin ist politische Hochspannung. Eben erst hat die Staatsgewalt im Verein mit dem kapitalistischen Bürgertum einen Stoß gegen die Klassenbewusste Arbeiterschaft geführt, gelüftet auf die realen Machtmittel, die ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen. Jetzt muß sie erkennen, daß diese Machtmittel sich gegen sie selber richten können, wenn es denen beliebt, die direkt über sie verfügen. Hinter der Gegenrevolution der Unternehmer im Bunde mit den Scheinsozialisten erhebt sich die Reaktion der monarchistisch-alledeutschen Kreise, die die Höhen des bürgerlichen Deutschland aus der Kriegszeit, die mancher Optimist schon für wesentliche Gespenster der Vergangenheit hielt, erweisen sich als kräftige politische Gestalten voll Blut und Leben, und ihr erneutes Auftreten auf der politischen Bühne ist gar nicht sputhaft, sondern höchst realistisch.

Die Leute des Ancien Régime fühlen ihre Zeit heranreifen und werden deutlich. Die Vorgänge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben eine gewitterschwüle Stimmung erzeugt, in der man jeden Augenblick eine Explosion erwarten kann. Wer geglaubt hat, daß die Untersuchung über die Schuld an der Kriegsverlängerung den Widerstreit der ehemaligen Reichsleitung gegen die ehemalige militärische Regierung Deutschlands bringen würde, hat sich getäuscht. Eine Einheitsfront der reaktionären Kräfte ist hergestellt, und Ludendorff, Bethmann-Hollweg und Helfferich, die sich während des Krieges untereinander gehaßt und befehdet haben, stehen heute in einer Kampflinie. Verteilung des alten Regime, Angriff auf die jetzige republikanische Regierung und die Regierungsparteien, Machtkampf um die politische Macht — in dieser Aktion sind sie einig und arbeiten Hand in Hand. Ihr Angriff hat Wucht, er hat den parlamentarischen Untersuchungsausschuß bereits ins Wanken gebracht, er wirkt aufrüttelnd auf die Anhänger der Reaktion im Lande, die sich zu fühlen beginnen. Allein es hieße die Reaktion unterschätzen, wenn man ihre vom Untersuchungsausschuß ausgehende Aktion lediglich unter dem Gesichtswinkel der Parteiagitatorik und der Vorbereitung kommender Wahlen betrachtet. Sie zielen auf mehr, als auf die Erzielung von Einheitsfront. Sie wollen die Gegenrevolution konsequent vorwärts treiben. Die scheingewaltigen, bürgerliche Regierung hat die Durchführung der Sozialisierung verhindert und die soziale Revolution aufgehalten. Die Leute des „Ancien Régime“ wollen die politische Revolution rückwärts revidieren. An die Stelle der Parole: Kampf gegen den Sozialismus, wollen sie jetzt die Parole: Kampf gegen die Republik, setzen.

Seitdem sie sich nach der Revolution wieder politisch betätigt haben, haben sie sofort eine oppositionelle Stellung nicht nur gegen die heutige Regierung, sondern auch gegen die Republik eingenommen. Sie haben geflissentlich alles unterfüßt, was ihnen und ihren Zwecken nützen kann. Sie haben den Aufbau des neuen Militarismus begrüßt, sie haben Noske nicht als politischen Gegner, sondern beinahe als einen der Ihren behandelt. Sie haben durch ihre Taktik erreicht, daß eine Reihe realer Machtmittel geschaffen wurde, die in ihrem Wesen nicht nur arbeitertrennend, sondern stöckreaktionär waren. Allmählich haben sie sich immer weitergehenden Einfluß auf diese Machtmittel gesichert. Je stärker sie wurden, um so entschiedener zogen sie den Trennungsschritt zwischen sich und den Regierungsparteien. Die Debatten über den Etat vor der Pause des Parlaments, die heftigen Auseinandersetzungen der bürgerlichen Parteien der Linken mit den bürgerlichen Parteien der Rechten, waren das Vorpiel zu dem, was sich jetzt abspielt. Nach der Aktion im Plenum des Parlaments, die von der reaktionären Presse kräftig unterstützt wurde, kam die Aktion vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß und diese Aktion ging Hand in Hand mit der außerparlamentarischen Aktion der Reaktion. Die Situation hat eine entfernte Ähnlichkeit mit der vor dem 9. November — nur daß diesmal nicht die Revolution des arbeitenden Volkes, sondern der Staatsstreich der Reaktion vor der Tür steht.

Die Lage ist ernst. Die Reaktion beherrscht die militärischen Machtmittel. Sie hat in Berlin deutlich genug demonstriert, daß

nicht Noske befehlt, sondern Reinhardt. Sie rechnet auf die Einwohnerwehr und namentlich auf die bewaffneten Bauern. Sie kann damit rechnen, daß der größte Teil der Bürokratie sie unterstützen würde, wenn sie sich in den Besitz der Macht setzen würde. Die Erfahrungen während der Tagung des Untersuchungsausschusses haben ihr gezeigt, wie sehr das Bürgertum noch befangen ist in der Ideologie des alten Regimes. Die Namen Hindenburg und Ludendorff wirken heute noch auf jene jammervollen bürgerlichen Parteien, die sich republikanisch nennen. Die Erzeugung eines neuen Massenwahnsinns ist unter diesen Umständen durchaus möglich und die Reaktion arbeitet nach Kräften daran. Von einem nennenswerten Widerstand in der bürgerlichen Presse, die republikanisch zu sein vorgibt, ist nichts zu bemerken. Unter diesen Umständen ist die Möglichkeit eines reaktionären Staatsstreiches durchaus gegeben. Bei geschickter Organisation ist es für die monarchistische Reaktion eine Kleinigkeit, sich des Parlaments und der Regierungsstellen durch einen Militärputsch zu bemächtigen. Wohl mag man in den Kreisen der Führer der reaktionären Bewegung jetzt nicht daran denken, diesen letzten Schritt zu wagen. Aber die Ereignisse gehen mitunter ihren eigenen Gang, und wenn man die Temperamente der militärischen Führer der Reaktion in Betracht zieht, wenn man erwägt, mit welcher unglaublichen Frechheit sie nicht nur an der Ostgrenze, sondern mitten in Berlin auf die Regierung und ihre Anordnungen pfeifen und die Dinge auf die Spitze treiben, wenn man erwägt, ein wie kurzlichiger und schlecht wägender Politiker dieser Ludendorff ist, so kann man die Möglichkeit nicht von der Hand weisen, daß eines Tages die Derogation der Reaktion zur politischen Aktion wird, ohne daß die leitenden Köpfe es in diesem Zeitpunkt wollten und der Staatsstreich unversehens da ist.

Damit würde der Bürgerkrieg in Deutschland zuerst in ein akutes Stadium treten. Der Staatsstreich der Reaktion würde die Gegenwirkung der Arbeiterschaft hervorrufen. Das Ziel dieser Gegenwirkung darf freilich nicht sein, die bürgerliche Republik zu retten vor dem Staatsstreich der Monarchisten und sie mit Arbeiterblut wieder zusammenzusetzen, auf daß sie aufs neue die Arbeiterklasse wie vorher politisch und wirtschaftlich unterdrückt. Die bürgerliche Republik ist die Brutstätte der monarchistischen Reaktion. Die scheingewaltigen bürgerliche Regierung hat sich aus Furcht vor der Arbeiterklasse in die Arme des neuen Militarismus geworfen. Sie hat die Einwohnerwehren und Bauernwehren geschaffen. Sie hat Hindenburg und Ludendorff wie Helfferich nicht nur ruhig arbeiten lassen, sondern hat ihnen das Handwerk erleichtert. Sie hat die Arbeiterklasse, die erbitterte Gegnerin dieser Kreise, mit voller Absicht geschwächt. Ihr ganzes Herrschaftssystem ist eingestellt auf das eine Ziel: Niederhaltung der Arbeiterklasse, Niederhaltung der sozialen Revolution. Die bürgerliche Republik verteidigen gegen den monarchistischen Staatsstreich würde für die Arbeiterklasse bedeuten, selbst das Instrument ihrer Unterdrückung zu unterstützen.

Die Arbeiterklasse muß den Kampf aufnehmen. Sein Ziel aber muß sein, gleichzeitig mit der Macht der monarchistischen Reaktion die Macht des kapitalistischen Systems zu zerbrechen, an die Stelle der bürgerlichen Republik die Arbeiterrepublik Deutschlands zu setzen und mit Hilfe der Klassendiktatur des Proletariats den Weg zum Sozialismus zu bahnen. Die deutschen Proletarier haben 1848 für die Bourgeoisie geblutet, die sie verriet. Sie haben 1918 den bürgerlichen Mittelparteien, die zu feig waren, sich selbst die politische Macht zu erkämpfen, zur politischen Macht verholfen und haben dafür die Diktatur der bürgerlichen Republik geerntet. Sie müssen erkennen, wohin die Politik der scheingewaltigen bürgerlichen Regierung führt, die die Früchte der Revolution erntet: zum Staatsstreich der Reaktion. Sie mögen daraus die Lehre ziehen, daß es an der Zeit ist, an die Ausrichtung ihrer eigenen Macht zu denken, wenn sie nicht dauernd Sklaven bleiben wollen.

Wie das Ausland über Deutschland urteilt

Das schamlose Treiben der Reaktion, das sich in dem Verhalten Hindenburgs, Helfferichs und Ludendorffs vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß sowie in dem provokativen Auftreten des Obersten Reinhardt aller Welt offenbart, hat seine Wirkung auf das Ausland nicht verfehlt. Im Ausland gewinnt man immer mehr die Überzeugung, daß die monarchistische Gegenrevolution in Deutschland zum Vorschein gekommen ist. Dabei verliert unsere Regierung, die diesen Treiben tatenlos zusieht, auch im Ausland immer mehr an Kredit. Uns Gewerkschaften kann und darf es nicht gleichgültig sein, wie man im Ausland über uns denkt. Letztenendes sind es die Arbeiter, die die Folgen zu tragen haben. Die „Wasser Nationalzeitung“, ein bürgerlich-demokratisches Blatt, brachte vor mehreren Tagen einen Artikel mit der Überschrift: „Die deutschen Generale“, in dem folgendermaßen über die deutsche Regierung und die Gegenrevolution geurteilt wird:

„Die Wahrheit ist eben diese, daß nicht Ebert den Obersten Reinhardt, sondern der Oberste Reinhardt den Präsidenten Ebert in seinem Amte belästigt. Wie lange ihm dies noch belieben wird, das hängt ausschließlich von Ludendorff und den Ludendorffs ab.“

Wie schwer durch das Treiben der Reaktion das Ansehen und die Interessen des deutschen Volkes im Ausland geschädigt werden, das geht aus dem Artikel der „Wasser Nationalzeitung“ hervor. Dieses Blatt hat fortgesetzt den Gewaltfrieden von Versailles bekämpft, jetzt erklärt es aber, es sei zwar ein politischer Fehler, aber psychologisch durchaus verständlich, wenn die Entente Deutschland,

dieses Deutschland der Uniformen, Junker und Generalsäbe, recht fest an die Kette legt.

Weiter erklärt das Blatt: „Würden die Regierung und ihre Parteien offen die Stärke der Reaktion anerkennen, jedoch ihr mit Festigkeit begegnen, so würde die Welt sehen, daß neben den Militaristen doch auch ein bürgerliches und freies Deutschland existiere und sie könnte erwarten, daß dieses allmählich stärker würde und das Hindenburg-Deutschland verdränge. Durch die heuchlerische Faltheit und Feigheit, mit der die Regierung jedoch vor Hindenburg und dem Militarismus den Kopf in den Sand steckt, muß der Glaube bestärkt werden, daß es, genau so wie während des Krieges, nur ein einziges Deutschland gibt, das allerdings zwei Methoden anwendet: eine der Gewalt und eine andere eines verlogenen fortschrittlichen Geistes.“

Wenn unsere Regierung und die sie führenden Parteien nicht bald eine andere Politik einschlagen, wenn sie sich nicht aus der Rücksicht der Reaktion zu befreien vermögen — wir glauben nicht daran — dann sind die Folgen gar nicht abzusehen. Sowohl die innerpolitische wie auch die außerpolitische Lage wird von Tag zu Tag unhaltbarer. Es wäre verfehlt, wenn die deutschen Gewerkschaften dieser Entwicklung ruhig zusehen wollten. Die „politische Neutralität“ der Gewerkschaften darf nicht soweit getrieben werden, daß dabei die Lebensfragen der Arbeiterschaft vernachlässigt werden. Hier heißt es den Dingen ins Auge sehen und sagen, was gesagt werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß man dabei seine bisherige Politik als verfehlt bezeichnen muß. Leider werden die meisten Gewerkschaften diesen Mut nicht finden.

Die gebrochene Unternehmerfront

Das Treiben der Helfferichs und Ludendorffs, das wir im vorstehenden Artikel beleuchtet haben, wird ergänzt durch das Treiben unserer Industriemagnaten. Die Berliner Oberscharfmacher v. Siemens und v. Borfig unternahmen im Auftrage ihrer Besinnungslosen den ersten Vorstoß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Dieser Vorstoß richtete sich zunächst gegen die Berliner Metallarbeiter, die als besonders revolutionär gesinnt bekannt und wohl auch seit Kriegsausbruch am meisten aktiv tätig waren. Die führenden Männer der deutschen Arbeitgeberverbände haben lange vor Ausbruch des Berliner Kampfes den Schlag gegen die Arbeiterschaft vorbereitet. Auf der ganzen Linie loszuschlagen konnten sie nicht, sie mußten sich eine Gruppe der Industrie herausuchen und konnten außerdem den Kampf auch nur auf einen Wirtschaftsbezirk beschränken. Die Unternehmer wußten, daß die Organisation der Berliner Metallarbeiter als die stärkste Position der deutschen Arbeiterschaft anzusehen war. Wenn sie ihren Angriff auf diese richteten, so wohl in der Erwartung, mit dem Zerschlagen dieser Position die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu treffen.

In den Unternehmerverbänden kämpfen mehrere Richtungen miteinander. Die politischen Strömungen, die wir im Bürgertum finden, die zum Teil stöckreaktionär, sich bis zu einer liberal-demokratischen Auffassung hingezogen, werden zum Ausdruck gebracht. Es sind vorwiegend die Schwerindustriellen, die Großunternehmer, die aufs Ganze gehen möchten und die Arbeiterschaft niederschlagen trachten, während gemäßigtere Elemente, meist Mittel- und Kleinunternehmer, der Politik des „sozialen Ausgleichs“ unserer gegenwärtigen Regierung etwas Verständnis entgegenbringen, die auch bei schweren Kämpfen am meisten bluten müssen. Die letzteren mußten ausgeschaltet werden. Darum wurde ein Ausschuß gebildet, dem nur die Oberscharfmacher angehörten und der diktatorische Vollmachten erhielt. Dieser Ausschuß, in dem die Herren v. Siemens und v. Borfig neben einem Herrn Dr. Oppenheimer das Wort führten, zwang den Berliner Metallarbeitern den Kampf auf. Die Herren Oberscharfmacher waren gerüstet. Sie hatten sich alle Vollmachten geben lassen, außerdem hatten sie einen Kampffonds geschaffen. Jeder Unternehmer wurde verpflichtet, für jeden beschäftigten Arbeiter und Angestellten 20 Mark zu zahlen, angeblich zur „Bekämpfung des Bolschewismus“.

Warum wollten die Scharfmacher den Kampf? Diese Leute kennen sehr gut den kapitalistischen Zusammenbruch. Sie wissen, daß nur eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft Rettung für sie bringen kann. Um das zu erreichen, müssen die Löhne abgebaut, die Rechte der Arbeitervertretungen im Betrieb beseitigt und die Organisationen der Arbeiterschaft zerschlagen werden. Die Unternehmer wollen wieder Herr im Hause sein, das sprachen sie auch offen aus. Sie glaubten, ein Kampf, der Hunderttausende von organisierten und nichtorganisierten Arbeitern erfaßt, würde, wenn er lange genug dauere, die Kassen der Organisationen leeren und eine große Anzahl Streikbrecher schaffen. Die Oberscharfmacher waren sich des Erfolges sicher und haben mit ihrer Zuversicht die schwankenden Elemente in ihren Reihen bis zuletzt zu halten versucht. Sie konnten unsofern auf einen Erfolg rechnen, da sie sich die Machtmittel des Staates gesichert hatten.

Die Berliner Organisationsleitung kannte alle Pläne der Unternehmer. Sie mußte ihre Taktik im Kampf darauf einstellen. Wenn heute von „alten bewährten Gewerkschaftsführern“ der Berliner Streikleitung Vorwürfe gemacht werden, so wohl nur deshalb, weil diese „Strategen“ noch ganz im Banne einer durch die harten Tatsachen überholten Gewerkschaftsstrategie leben und den durch die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hervorgerufenen Klassenkämpfen rat- und hilflos gegenüberstehen. Wenn das Unternehmertum sich zusammenschloß und mit allen nur denkbaren Mitteln zum Kampf gegen die Arbeiterschaft schreiet, wenn es sich dabei der militärischen Machtmittel des Staates bedient, dann kann eine Organisationsleitung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, nicht mit Palliativmitteln antworten. Das haben die Berliner Metallarbeiter und über dies hinaus der größte Teil der Berliner Arbeiterschaft, die dem Kampf näher standen, auch begriffen. Noch nie hat ein solcher Riesenstreik stattgefunden, aus dem die Streikleitung nach Beendigung des Kampfes mit einem solchen Maß von Vertrauen herausging, wie das gegenwärtig in Berlin der Fall ist.

Wir haben wiederholt über den Stand des Streiks berichtet und uns ein abschließendes Urteil vorbehalten. Wir konnten nur mit Vorbehalt urteilen, da wir tagelang ohne Nachricht über die wichtigsten Ereignisse waren. Heute, nachdem der Kampf beendet ist und wir das Kampffeld wie auch das Ergebnis des Kampfes zu überschauen vermögen, müssen wir gestehen, daß auch wir, die wir nie an dem Kampfesmut der Berliner Arbeiterschaft zweifelten, nicht an einen solchen Abschluß geglaubt haben. Wochenlang standen fast die gesamten Berliner Kollegen im Streik. Gewaltsam sprengte Noske ihre Versammlungen auseinander und ließ auf die Streikenden schießen. Das Streikrecht wurde von Noske aufgehoben für eine Anzahl Berufe, die den kämpfenden Berliner Kollegen zur Hilfe eilen wollten. Und als der Streik in seinem gefährlichsten Stadium stand, als trotz Noske die gesamte Berliner Arbeiterschaft zur Unterstützung der Metallarbeiter in den Generalstreik treten wollte, da trat die Parteileitung der S. W. D. auf den Plan und mit ihr die Regierung und versuchte, den Generalstreik zu verhindern. Selbst eine Anzahl angeblich revolutionärer Gewerkschaftsführer, die das Mitgliederbuch der U. S. P. D. in der Tasche trugen, schreckten vor einem Weiterkämpfen zurück. Mit seiner ganzen Machtvolle erschien Noske abermals auf dem Plane, ließ die Streikleitung verhaften und außer dieser noch soviel Funktionäre, wie er nur erreichen konnte. Als uns das alles bekannt wurde, schrieben wir in Nummer 46 unserer Zeitung: „Die streikenden Metallarbeiter werden mit blutendem Herzen die Arbeit aufnehmen müssen, während ihre Vertrauensleute als Opfer auf der Strede liegen bleiben.“

Unsere Annahme war falsch. Die Berliner Metallarbeiter haben ihre Vertrauensleute nicht auf der

Strecke liegen lassen. Wohl brachen sie den allgemeinen Kampf ab, weil — wie wir bereits in Nummer 47 bemerkt — sie durch äußere Einflüsse dazu gezwungen wurden; aber als sie die Betriebe aufsuchten und dieser oberer Unternehmer es wagte, die Vertrauensleute nicht wieder einzustellen, da nahmen sie sofort, mit fester Gesinnung den Kampf wieder auf.

Die Bedeutung dieses Kampfes und seine Größe offenbarte sich bei seinem Abschluss.

Die Kampfesfront der Unternehmer ist zusammengebrochen! Die Oberstarbhaber v. Siemens, v. Borstg und ihr Einseitiger Oppenheimer haben die Führung verloren. Die andern Unternehmer sehen jetzt ein, welches gefährliche Spiel diese Herrenmenschen getrieben haben. Unermesslichen Schaden haben sie erlitten. Nicht nur den Verlust durch Ausfall der Produktion, sondern auch noch den ungeheuren Schaden, den die vorher so sehr begehrte „Technische Nothilfe“ angerichtet hat. In manchen Betrieben steht es geradezu „grauenhaft“ aus. Wochenlang muß gearbeitet werden, um nur notdürftig die Produktion wieder aufnehmen zu können. Alle Versprechungen der Oberstarbhaber sind selbsteingeschlagen: weder der Ausbau der Böhne, noch die Beseitigung der Rechte der Arbeitervertretungen, noch das Verschlagen der Organisation hat man erreicht; dafür bleiben eine ganze Anzahl Unternehmerrückstellungen auf der Strecke liegen.

Wir dürfen die Bedeutung dieses Kampfes nicht unterschätzen. Er war vorbereitet und eingeleitet sowie maßgebend beeinflusst von dem Führer des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter. Diese erfreuten sich der Unterstützung der Staatsgewalt. Sobald ein Unternehmer Söldnertruppen mit den nötigen Maschinen gewehren forderte, standen sie zu seiner Verfügung. Sie jagen sofort ab, wenn es der Unternehmer wünschte, das ist einwandfrei festgestellt worden. Dagegen wurden der Arbeiterschaft die elementarsten Rechte geraubt und die Führung des Streiks so erschwert, wie es selbst im wilhelminischen Deutschland niemals vorgekommen ist. Die ganze politische und kapitalistische Reaktion warf sich auf die Berliner Metallarbeiter, um der revolutionären Bewegung Deutschlands den Kopf abzuschlagen. Der Schlag ist von den Arbeitern nicht nur abgewehrt worden, sondern er hat seine Urheber selbst am schwersten getroffen.

Innerhalb der kämpfenden und nichtkämpfenden Arbeiterschaft zeigte sich ein Mut eine Ausdauer und eine Geschlossenheit, die wir selbst nicht erwartet haben. Fast keine Streikbrecher fanden sich. Eine musterhafte Disziplin und Solidarität sehen wir, die nur zu erklären ist aus der revolutionären Epoche, in der wir stehen. Das Proletariat erkennt mehr und mehr seine Klassenlage, es begreift mehr und mehr das Wesen und Ziel der Revolution. Der Berliner Kampf sollte der deutschen Arbeiterklasse zeigen, welche Gefahren drohen und wie diese Gefahren abzuwenden sind. Die Reaktion wird sich durch die Berliner Niederlage nicht abhalten lassen, zu neuen Schlägen auszuholen. Sie wird ihre Kräfte sammeln, um sich dann mit neuer und stärkerer Wucht auf die Arbeiterschaft zu stürzen. Darum rufen wir unseren Kollegen in Berlin und im Reich zu: „Müht euch zum Kampf! Aber verliert euch nicht in Einzelkämpfen! Nicht nur Lohnerhöhung ist unser Ziel, sondern die Abwehr verächtlicher Lohnsklaverei und die endgültige Befreiung vom kapitalistischen Joch!“

Seld auf der Hut

Unter dieser Überschrift nimmt die neue Redaktion unserer Zeitung zu den kritischen Bemerkungen, die einige rechtssozialistische Zeitungen der letzten Verbandsgeneralversammlung widmen, Stellung. Zugleich behandelt sie im Leitartikel „Deutschlands innerpolitische Lage“, so wie sie diese im Lichte ihrer unabhängigen Parteibrille sieht.

Soweit die Redaktion des Verbandes gegen die ihrer Ansicht nach in einigen rechtssozialistischen Blättern zum Ausdruck kommenden Spaltungsabsichten im D. M. A. Stellung nimmt, wird ihr jeder Gewerkschafter, der weiß, wie unendlich viel von der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften für die Zukunft abhängt, zustimmen. Sie überieht aber, daß es jetzt ein Ende ist von ihrer Richtung da und dort und auch auf dem letzten Verbandstag ausgedehnte Gewaltpolitik ist, die diese kritischen Auseinandersetzungen veranlaßte. Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung wird nicht behaupten wollen, daß die einander widersprechenden Entscheidungen der Mehrheit dieser Generalversammlung in den Mandatsfragen vom Rechtsstandpunkt aus erfolgten. Weil sie nicht vom Rechts-, sondern vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt der Mehrheit aus geschahen, darum haben einige mehrheitssozialistische Blätter meines Erachtens nach zutreffend behauptet, daß es sich bei der Generalversammlung des D. M. A. weniger um eine gewerkschaftliche Tagung, als vielmehr um einen unabhängigen Parteitag gehandelt habe. Die Parteistellung der Delegierten der Mehrheit war das entscheidende, die gewerkschaftliche Funktion das sekundäre Moment auf dem Verbandstag.

Das aber ist der Kardinalfehler, den die bisherige Opposition gegen die vom alten Vorstand vertretene Gewerkschaftsrichtung beging und die letztere in die Opposition gegen die Mehrheit des Verbandstages gedrängt hat. Die jegliche Opposition verlor die durch die Zeitverhältnisse gebotene und auf Erfahrung beruhende Gewerkschaftstaktik, während die Mehrheit des Verbandstages mit vollen Segeln in den politischen Kampf und in das Tagesgezeuge der politischen Parteien hineinsteuerte. Das hier ist kein Gewinn für die Arbeiterschaft, dürfte der Redaktion, wenn auch nicht jetzt — denn Liebe macht blind —, so doch später selbst noch zum Bewußtsein kommen. Treten doch schon seit geraumer Zeit für jeden, der sehen will und des Kopf nicht in den Sand steckt, die furchtbare zerstörenden Wirkungen hervor, die durch die politische Spaltung der Arbeiterbewegung und dem daraus folgenden häßlichen Parteifreit für den Sozialismus bereits eingetreten sind.

Bei der Redaktion keine Ahnung davon, wie verblüffend und geradezu als Sprengpulver es wirken muß, wenn sie im Leitartikel die Reichstagsparlamentarier als „Schwachsinnige“ bezeichnet, die die Geschäfte der Unternehmer und des Finanzkapitals besorgen? Dieser ungeschickliche und durch nichts begründete Vorwurf wird gegen Angehörige der Arbeiterklasse erhoben, die ein Menschenalter lang im härtesten Kampfe gegen den Kapitalismus und die herrschende Gesellschaft gekämpft haben.

Es sei hier die beifolgende Frage gestellt, aus welchen Beschlüssen des letzten Verbandstages entspringt die jegliche Redaktion die Legitimation zu solchen Angriffen? Agitationspropaganda gegen den D. M. A. und nicht anders und es, die die Redaktion ihren Lesern vorsetzt. Warum Anhänger der Reichstagsparlamentarier sind es, die den Kapitalismus in Deutschland wieder aufzubauen und zu befestigen, wie ihnen blühend unterstellt wird. Der Sozialismus der Reichstagsparlamentarier hat es mit dem von der Arbeiterbewegung vertretenen gut, das wird die Geschichte recht bald zeigen.

Entgegen der Behauptung unserer Redaktion halte ich an der durch die Geschichte erwiesenen Auffassung fest, daß auch der Verwirklichung der politischen Demokratie ein zwar langsamer, aber sicherer und gangbarer Entwicklungsweg zum Sozialismus hinüberführt. Die Behauptung jedes anderen Weges ist ein Sprung ins Dunkle und wird ungewollt den Kapitalismus wieder zur ausschließlichen Herrschaft bringen und die Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurückwerfen. Man braucht da nur auf die von Menschen mit be-

stimmten Naturanlagen und Lebensweisen stark beeinflusste Geschichte zu verweisen, die immer wieder dieselben charakteristischen Züge und Merkmale aufweist. Die Feudalherrschaft als politisches System war längst gestürzt, als daß sie abfällige kapitalistische Wirtschaftssystem seinen eigentlichen Siegeszug durch die Welt antrat, ohne daß es Revolutionen und gewalttätiger Erhebungen bedurfte. Weil es zweckmäßig war zu seiner Zeit und eine höhere Stufenleiter in der Warenproduktion darstellte, gemann es im Fluge die Welt. Sollte das auch nicht für den Sozialismus gelten, der doch nach übereinstimmender Auffassung die höhere Form der gesellschaftlichen Arbeit verkörpert? Es heißt geradezu am Sozialismus verzweifeln, ihn selbst aufgeben, wenn man glaubt, ihn nur mit Gewalt durchzuführen zu können. Unsere Redaktion versucht die geschichtlichen Tatsachen mit einem kühnen Saltomortale besetzte zu schießen. Die Bahn der „fürmlichen“ Entwicklung müßte vom Klassenbewußten Proletariat beschriftet werden. Stürmisch zwar, aber immerhin eine Entwicklung. Darf man im Zusammenhang damit vielleicht fragen, ob die von unserer verehrlichen Redaktion geforderte „fürmliche“ Entwicklung in Verbindung mit der Theorie der „kurzen, aber immer scharfer zusammengefaßten Machtkämpfe“ beim Berliner Metallarbeiterstreik zum Erfolg geführt hat? Die Verantwortung ergibt das allen bekannte Ende dieses Streiks. Sie hat Schiffbruch gelitten und Schiffbruch leiden müssen, weil sie eine weltfremde, von den historischen Bedingungen des proletarischen Emanzipationskampfes abgewandete Theorie ist, die die Wirklichkeit außer acht läßt. Mit einigen Schlagworten glaubt die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung wirkliche Geschichte machen zu können. Ja, wenn alles gesellschaftliche Leben nur aus kurzen Perioden bestände und ein Zeitraum von einem oder einigen Jahren dem eines Jahrhunderts gleichkäme, so könnte ihr schließlich der Beweis für die Richtigkeit ihrer Theorie gelingen. Vorübergehend läßt sich vielleicht auch in Deutschland eine Räuberherrschaft errichten. Weil es sich aber bei dem sozialistischen oder gemeinwirtschaftlichen System der Arbeit um ein Werk von Dauer handelt, das für Jahrhunderte das Gesellschaftssystem der Zukunft sein wird, darum ist die von der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung empfohlene Theorie und Taktik falsch. Mehr wie je gilt hier der von Wilhelm Liebknecht geprägte Satz vom „Hineinwachsen in den Zukunftsstaat“. Nebenbei ist die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung auch noch der Meinung, durch die von ihr vertretene Theorie und Taktik besonders für den Ausbau der Organisation und deren innere Geschlossenheit und Stärke wirken zu können. Auch das ist ein Zugspulch. Wer umfassende Arbeiterkämpfe inszenieren, ihnen jemals einen günstigen Ausgang sichern und in „fürmlicher“ Entwicklung die Welt neu gestalten will, der muß schon etwas mehr die realen Bedingungen des proletarischen Emanzipationskampfes beachten, als die Redaktion unseres Verbandesorgans dies tut. So ideal sind die Menschen nun einmal nicht veranlagt und werden es bei der heute üblichen Aufklärungsmethode jeden Tag immer weniger, daß sie aus lauter Idealismus wochenlang kämpfen und wenn sie dabei unterliegen, in ein paar Monaten erneut zum Kampfe vorziehen. Umgekehrt fährt der Wagen. Hat die „fürmliche“ Entwicklung auch und einmal in einem Mißerfolg geführt, so tritt naturgemäß eine Ermüdung und eine Schwächung ein, die lange Zeit nachteilig auf die Arbeiterbewegung einwirkt. Das ist auch für Berlin und darüber hinaus für die Metallarbeiterbewegung im ganzen Reich zu befürchten. Nichts von den höchsten Versprechungen wird in Erfüllung gehen, mit denen gerade diese Bewegung einseitig und besonders in ihren letzten Phasen geführt wurde. Darum der Entschluß gegen den Vortradikalismus, der jetzt im Verbandesorgan vorherrscht, ferner auch gegen die Anwendung der radikalsten Kampfmethoden in den nach Meinung aller noch unvermeidlichen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Als praktische Gewerkschafter müssen wir stets mit den gegebenen Umständen und mit den uns zur Verfügung stehenden Kampfmitteln rechnen. Die alte Verbandsleitung hat das auf Grund der aus den Verhältnissen gewonnenen Einsicht getan und die neue Leitung mißachtet der Redaktion wird es noch tun müssen, weil sie anders die ihnen anvertrauten hohen Interessen der Mitglieder nicht wahren kann. Und so wird denn, wenn sich die Dinge gefärlt haben, trotz der pompösen Ankündigung kein System, sondern nicht viel mehr als nur ein Personenwechsel übrigbleiben, worauf es in der Hauptsache auch nur ankommt.

Die im Verbandesorgan vertretenen „fürmlichen“ Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus bringen uns nicht im geringsten vorwärts, sie imponieren dem Unternehmertum absolut nicht, schwächen, ja zerlegen aber andererseits letzten Endes die Gewerkschaften als wichtige Waffe im proletarischen Befreiungskampfe. Schon regen sich die Selben wieder und auch die gegnerlichen Organisationen aus dem christlichen und Hirsch-Dunderschen Lager suchen Gewinn aus der auf unserem letzten Verbandstag vollzogenen Schwächung zu ziehen. Auch in diesem Punkt verwechselt die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung Ursache und Wirkung miteinander, wenn sie meint, daß die kritischen Bemerkungen einiger rechtssozialistischer Zeitungen Wasser auf die Räder unserer gegnerischen Organisationen geleitet hätten. Das besorgt leider unbewußt die neue Verbandsleitung in der Ausführung der von ihr gewollten Verbandstagsbeschlüsse selbst in reichlichem Maße.

Darum können wir mit viel größerem Rechte ausrufen:

Mitglieder, seid auf der Hut!

In eure Hand, Kollegen, ist das Schicksal des Verbandes und der Arbeiterbewegung gegeben. Haltet an der durch jahrzehntelange Erfahrung erprobten Kampfaktik fest, bildet sie mit uns den Zeitverhältnissen gemäß fort, tauscht sie nicht durch Unerprobtes und von vorherein zum Scheitern Verurteiltes ein, dann und nur dann seid ihr Bildner und Gestalter einer neuen, besseren Zeit.

Otto Steinmayer.

Kommentar der Redaktion: Wir haben den Artikel des Kollegen Otto Steinmayer angelesen und mit allen gewünschten Auszeichnungen zum Ausdruck gebracht. Der letzte Verbandstag und unsere Stellungnahme zu den verschiedensten Fragen hat ihn sehr in Anspruch genommen. Wir geben diesem Kollegen gern Gelegenheit, den angeführten Grund abzuholen. Zeigt doch der Artikel außerdem, daß Kollege St. der letzte ist, der das Recht hat, uns Vorwürfe zu machen.

Der Kollege St. trotz unserer ausführlichen Darlegungen in der Nr. 47 behauptet, die letzte Generalversammlung habe eine „Gewerkschaft“ gegründet, die habe sich bei den Mandatsfragen nicht vom Rechtsstandpunkt loslassen lassen, sondern dem Zweckmäßigkeitsstandpunkt der Mehrheit, so ist das eine Kühnheit, die sich wärdig an manche Sozialisten jenseits seiner Grenze in der Regierung anreißt. Auch durch Wiederholungen wird aus diesem Schwindel keine Wahrheit.

Aber das ermahnt Kollege St. ja auch nur nebenbei. Ihn post die ganze Haltung der neuen Redaktion nicht, darum hat er feste auf sie los. Dabei vertritt er ein solches mit persönlichem und vornehmlich dem mit Tatkraft belegte Anschauung zu widerlegen. Besonders hat es ihm der Artikel „Deutschlands innerpolitische Lage“ angetan. Aber er vermag auch nicht eines Satz aus diesem Artikel festlich zu widerlegen. Mit dem Hinweis, daß Anhänger seiner Partei ein Menschenalter lang im härtesten Kampfe gegen den Kapitalismus und die herrschende Gesellschaft gekämpft haben, läßt sich die Forderung ihrer Politik nicht aus der Welt schaffen. Darum lautet es an. Ein Politiker oder Gewerkschafter darf nicht sagen: das will ich mit meiner Haltung und Tätigkeit erreichen, sondern er ist verantwortlich für die Folgen und Wirkungen seiner Politik. Sieht der Kollege St. nicht, was wir allmählich erreichen sind? Wir empfehlen ihm den Inhalt dieser Nummer zur gefälligen Durchsicht. Wenn das nicht genügt, kann ihnen wir gern die Heldentat seiner Gefinnungsstunde, seine und Roste, auf. Sind wir es denn, die die Arbeiter als Schwachsinnigen bezeichnen? Nein, selbst in Ihren Reihen, weiter Kollege Steinmayer, stehen sehr viele von diesen Männern es und sind mit uns einer Meinung. Wie, bitte keine Befragung.

Der Kollege Steinmayer und seine Freunde vertreten „die durch die Zeitverhältnisse gebotene und auf Erfahrung beruhende Gewerkschaftstaktik“, während die Mehrheit des Verbandes mit vollen Segeln in den politischen Kampf und in das Tagesgezeuge der politischen Parteien hineinsteuert.“ Kollege St. will die „noch langsamere, aber sichere und gangbarere Entwicklung zum Sozialismus“ über die politische Demokratie, bezeichnet unsere Taktik als „einen Sprung ins Dunkle“ und verweist auf den Berliner Metallarbeiterstreik, bei dem unsere Taktik „Schiffbruch“ gelitten hat.

Hätte Kollege St. den Ausgang des Berliner Streiks gekannt, wäre er nicht auf die Schwindelnachrichten seiner Parteipresse herein gefallen, er hätte sicherlich diesen Streik nicht zum Beweis für seine Anschauungen herangezogen. Gerade die Enttäuung, der Verlauf und das Ende des Berliner Streiks rechtfertigt unsere grundsätzliche und taktische Haltung in allen Teilen und zeigt außerdem, welche Gefahren für die gesamte Arbeiterbewegung entstehen, wenn die vom Kollegen St. empfohlene, als bewährte Gewerkschaftstaktik“ beibehalten wird. All das, was Kollege St. über die „realen Bedingungen des proletarischen Emanzipationskampfes“, über den Idealismus der Menschen und über „Ernährung“ und „Schwächung“ der Arbeiterbewegung sagt, wird glänzend widerlegt durch die Ereignisse unserer Zeit und besonders durch den Verlauf und das Ende des Berliner Kampfes. Auch hier können wir dem Kollegen St. den Artikel dieser Nummer „Die gebrochene Unternehmerfront“ zur Berücksichtigung empfehlen. Unsere Mitglieber sind sicherlich gut geschult, sie erkennen die wirkenden Kräfte unserer Zeit und werden auch wissen, warum sie auf der Hut sein müssen.

Die Kommunistische Partei gegen Betriebsorganisation

Die Enttäuschung über die geringen Erfolge der Revolution des November 1918 zwingt die Arbeiterschaft, nach den Ursachen des mangelnden Erfolges zu forschen. Ein Teil des deutschen Proletariats erblickt die Ursache alles Übels darin, daß die Revolution eine Kette politischer Handlungen der Arbeiterschaft war und daß eine Umwälzung im Wirtschaftsleben kaum versucht wurde. Dieser Gedankengang ist wohl die Grundlage der Forderungen, die jetzt einen Teil der Kommunisten unter Führung der Genossen Laufenberg und Wolfheim zum Austritt aus ihrer Partei veranlaßte. Diese sogenannte „Hamburger Richtung“ fordert Betriebsorganisationen, die die revolutionären Massen zusammenfassen und ihrer wirtschaftlichen Macht im Kampf Ausdruck verleihen sollen. Sie stützt diese Forderung auf die Behauptung, daß die politische Revolution zu Ende sei und daß nun an deren Stelle die ökonomische Revolution zu treten habe.

Dieser Gedankengang klingt zunächst einfach und fast einleuchtend, ist aber gerade wegen seiner Einfachheit unrichtig, denn wirtschaftliche und politische Probleme und Kämpfe lassen sich nicht einfach voneinander trennen, sodaß man, wenn der Kampf auf politischem Gebiet nicht schnell den erwarteten Erfolg bringt, ihn nun beiseite lassen und an dessen Stelle einen rein wirtschaftlichen Kampf führen könnte. Eine solche, fast mechanische Auffassung ist es, wenn man, wie die Hamburger Richtung der Kommunisten, die Partei aus dem Kampf nach Möglichkeit ausschalten, sie bestenfalls als Agitationsorganisation weiterbestehen lassen will, während die Betriebsorganisationen Konzentrationen der ganzen wirtschaftlichen Kampfkraft des Proletariats darstellen sollen. Diese Auffassung nimmt keine Rücksicht auf die innige Verknüpfung und auf die starke Wechselwirkung zwischen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen.

Die Hamburger Richtung hat insofern recht, als sie betont, daß nicht die politische Revolution, sondern die wirtschaftliche das Entscheidende sei. Sie verkennt aber das Wesen der politischen Knechtschaft des Proletariats vollkommen, wenn sie nicht behauptet, daß die politische Unterdrückung notwendig mit der wirtschaftlichen verbunden sein muß, ja, daß die krafttesten Formen der Ausbeutung, wie die Kriegführung der Arbeiter für die Kapitalisten nur auf dem Wege über die politische Unterdrückung überhaupt erst möglich wird. Wenn die Hamburger Kommunisten, die sich sicher für besonders radikal halten, die politische Revolution als beendet bezeichnen, so lähmen sie damit den politischen Kampfswillen ihrer Anhänger und würden, falls sie einen starken Einfluß auf die Arbeiterschaft hätten, den Kapitalisten die Möglichkeit zur Festigung ihrer politischen Macht und damit auch ihrer wirtschaftlichen Position geben.

Innerhalb der kommunistischen Partei hat sich jetzt eine erfreuliche Klärung vollzogen. Der Kommunist Paul Fröhlich wendet sich in einer Broschüre „Die syndikalistische Krankheit“ mit aller Schärfe gegen die Betriebsorganisationen. Er schreibt: „Bei allem Streben nach Zentralisation der Betriebsorganisation kann in der Betriebsorganisation doch der einheitliche Charakter des gesamten Proletariats sich nicht vollkommen durchsetzen, weil die wirtschaftlichen Kämpfe ein Sichanpassen an die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Industriezweige, Betriebe und Berufe notwendig machen und weil namentlich dann, wenn die wirtschaftlichen Kämpfe für längere Zeit ohne ausgesprochenen revolutionären Charakter bleiben, auch in den Betriebsorganisationen die ganze Aktion mehr und mehr auf das Reformistisch-Wirtschaftliche gerichtet sein muß.“

Damit zeichnet Fröhlich klar die Grenzen und Gefahren der Betriebsorganisation auf. Die Arbeiterschaft führt schon seit geraumer Zeit mit größter Energie den Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften, weil diese den Gefahren, die Fröhlich mit Recht für die Betriebsorganisationen voraussetzt, in klarer Weise unterlegen sind. Dieser Kampf hat im Deutschen Metallarbeiter-Verband zu einem bedeutenden Erfolge der revolutionären Arbeiterschaft geführt. Die größte deutsche Gewerkschaft hat sich eine neue Kampf- und Organisationsbasis gegeben, die sich in sehr vielen Punkten mit den nach der Tagung des Metallarbeiter-Verbandstages von der Zentrale der kommunistischen Partei aufgestellten und von der Reichskonferenz der R. P. D. angenommenen Leitlinien über die Gewerkschaftsfrage im Einklang befindet.

Die Zentrale der R. P. D. beurteilt in ihren Leitlinien zur Gewerkschaftsfrage im allgemeinen die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Aufgaben der Arbeiterklasse im gleichen Sinne, wie es in der programmatischen Erklärung des Metallarbeiter-Verbandes geschehen ist. Sie verwirft die bisher von den Gewerkschaften verfolgte Politik der rein wirtschaftlichen Kämpfe, der politischen Neutralität und der Ablehnung des politischen Massenstreiks als durch die Tatsachen überholt. Aber aus der Einheit von wirtschaftlichen und politischem Kampf folge keineswegs die Notwendigkeit einer Einheit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation. Die politische Organisation müßte die vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft sammeln, während der wirtschaftlichen Organisation die Sammlung des gesamten Proletariats, das Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist, zufalle. Außerdem fallen der wirtschaftlichen Organisation im Stadium des Aufbaues besonders schwierige Aufgaben zu, die die politische Partei aus sich nicht lösen könne. Weiter heißt es in den Leitlinien: „Die Herausnahme der vorgeschrittensten Elemente aus dem gewerkschaftlichen Herdhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen, nimmt aus ihnen den Stützpunkt und hemmt so den Ausbruch und die Durchführung revolutionärer Massenkämpfe überhaupt.“

Die R. P. D. verwirft auch jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Sie verwirft die Sabotage als ein anarchisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu erscheln sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen lähmt. Auch das Mittel der „passiven Resistenz“ kann nach Ansicht der Zentrale der R. P. D. nicht als Mittel zur Eroberung der Macht angesehen werden, sie sei nicht feierungsstark und führe daher ganz von selbst zu einer Verzögerung der wirtschaftlichen Kämpfe. Nachdem sich die R. P. D. zu dieser Ansicht durchgerungen hat, sind die Hindernisse zum größten Teil beseitigt, die einer Verwirklichung der revolutionären Arbeiterschaft im Wege standen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 7. Dez. der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Dezember 1919 fällig ist.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
	wöchentlich Pfennig			
Anklam	10	10	5	1. Beitragsm. 1920
Braunschweig	80	15	5	1. " 1920
Friedrichshafen	80	20	15	1. " 1920
Lippstadt	30	10	10	1. " 1920
Mettmann	60	—	—	48. " 1919
Mettmann	40	20	20	1. " 1920
Menselwitz	20	10	10	1. " 1920
Münster i. W.	80	30	20	1. " 1920
Preuzlau	30	—	—	1. " 1920
Stadlum	10	10	10	1. " 1920
Wethenfeld	20	—	10	1. " 1920
Zeitz	80	20	20	1. " 1920
Zwickau	80	15	10	48. " 1919
Zwickau	80	20	10	1. " 1920

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zutritt ist fernzuhalten:

- von Baubagisten und Orthopädiemechanikern nach Düsseldorf (Fa. Arthur Wolf) M.; nach Kassel 2;
 - von Drechern nach Wolf (Fa. Rulhemyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chem. Fabriken) M.;
 - von Formern und Gleisreparaturarbeitern nach Soest (Fa. Rulhemyer) D.;
 - von Graveuren (Metall-) nach Rheintal (Fa. Herm. Schödt u. G.) D.;
 - von Instrumentenmachern nach Kassel 2;
 - von Kesselschweißern nach Soest (Fa. Rulhemyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.;
 - von Klempnern und Installateuren nach Biberach a. N. 2;
 - nach Greifswald i. Pommern (Fa. Alfred Ruhn) M.;
 - von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik G. Hüßing) St.; nach Bremen 2; nach Danzig D.;
 - nach Dortmund 2; nach Gelsenkirchen (Fa. Gelsenkirchener Maschinenfabrik) D.; nach Gumbinnen v. St.;
 - nach Hülshausen-Dorsten (Rhein-Westf. Stahlwerke) D.;
 - nach Hörde u. Umg. 2; nach Laßau 2; nach Lindau 2; nach Weimar M.;
 - von Schlossern und Schmieden nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.;
 - von Schnitz- und Stangenbauern, Schlossern, Drechern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Rob. Kölsch) 2;
 - von Werkzeugmachern nach Wallendar (Fa. Joh. Krud) 2;
 - von Klingelherren nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedemann) M.
- D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R. = Maßregelung; M. = Mißstände.

Berichte

Vom Verbandstage.

Hannover. In zwei Mitgliederversammlungen nahmen die hiesigen Verbandsmitglieder den Bericht von der Generalversammlung in Stuttgart entgegen. Dieser wurde erstattet von den Delegierten Ernst Wahnkopf, Sporleder und Stiefeler. Aus den Referaten war zu entnehmen, daß die Verhandlungen den erwarteten, würdigen Verlauf nicht genommen haben, den die große Mehrheit der Metallarbeiterschaft Deutschlands von dieser Speerspitze erhoffte. Schuld an diesem unbefriedigenden Verlauf sei das Hineinziehen des Brudersreiches innerhalb der Sozialdemokratie durch die Delegierten der radikalen Richtung. Zuweilen habe man das Empfinden gehabt, einer Parteiverammlung der Unabhängigen beizuwohnen. Die Opposition gegen die bisherige Verbandsleitung und bewährten Gewerkschaftsgrundsätze war dort in der Mehrheit und habe diese Macht aber auch rücksichtslos, bar aller Kameradschaftlichkeit und Einsicht ausgenutzt. Festgestellt mußte aber werden, daß hinter dieser Mehrheit nicht etwa die Mehrheit der Mitglieder des Gesamtverbandes stehe, die Mehrheit unter Führung Dismann (Frankfurt) und Richard Müller (Berlin) sei mit einem fertigen Plane in Stuttgart erschienen und alles, was von der Minderheit kam, sei brutal niedergedrückt. So sei besonders bei den Verhandlungen über die Gültigkeit einer Anzahl Mandate Recht und Billigkeit mit Füßen getreten. Zum ersten Male seit Bestehen des Verbandes sei man auf dieser Tagung zur Bildung besonderer Fraktionen geschritten, ein Verfahren, wie es in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung einzig darsiehe. Der Minderheit sei es sehr schwer geworden, nach dem Verhalten der Mehrheit in den ersten Verhandlungstagen noch weiter an der Tagung teilzunehmen, aber die Rücksicht auf die Kollegenchaft im Reich und um ein Auseinanderfallen des Verbandes, der größten Organisation der Welt, zu verhindern, habe man sich zum Weiterentschließen und dann auch in einer Fraktion vereinigt. Der bitterste Kampf sei von der Mehrheit gegen die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften und die Arbeitseigenenschaft geführt und das noch völlig nebelhafte „Mätesystem“ in den dunkelsten Farben propagiert. Von einer Anzahl Redner der radikalen Richtung sei der Verbandstag als Ablagerungsstätte unabhängig kommunistischer Gemeinplätze betrachtet, von positiver Gewerkschaftsarbeit keine Spur. Deshalb habe dieser Verbandstag auch weiten Kreisen der Mitgliedschaft eine so große Enttäuschung gebracht: Den Verbandsbeitrag, die Streikunterstützung, das Neffe-, Umzugs- und Sterbegeld habe man erhöht, die Unterstützung bei Erwerbslosigkeit durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit aber in der bisherigen Höhe belassen in völliger Verkennung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ja, wolle man auf dem Verbandstag die nach dem Statut erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden gewesen, so wäre die genannte Unterstützung, die Tausende von Mitgliedern bei derartigen Schicksalsschlägen über Wasser gehalten hat und auch in Zukunft noch als Mittel zum Zweck dringend gebraucht wird, überhaupt ganz abgeschafft zur höheren Ehre eines phrasenreichen Radikalismus. Orgreifend sei der Abschied des Kollegen Schlichte gewesen, der den Verband 26 Jahre mit hohem Eifer geleitet und dazu beigetragen habe, daß der Verband im wirtschaftlichen Leben Deutschlands ein von keiner Seite, ein von keiner Stelle unterschätzter Machtfaktor geworden sei. Als ergrübelter, anrunder Mann könne er aber die Verantwortung für die fernere Tätigkeit des Verbandes, die durch die gefassten Beschlüsse anders orientiert

sein müsse, nicht übernehmen und sei deshalb als Vorsitzender des Verbandes zurückgetreten. Nach dem Verlauf der Generalversammlung sei damit zu rechnen, daß der Verband vorerst einen Lebensweg durchschreiten müsse, es würde sich aber schon in naher Zukunft zeigen, wie weit man mit Phantastereien komme und daß auch die Vorhaben, die jetzt an der Leitung des Verbandes beteiligt seien, durch die Wucht der elementaren Tatsachen gezwungen würden, sich auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen und zu der bisherigen bewährten Gewerkschaftsarbeit zurückzuführen. In diesem Augenblick sei aber auch ihr Mißbrauch verflucht und ihre jetzigen Anhänger würden ihnen den Rücken kehren. Vorerst würde aber der Verband den Schaden haben zur Genugtuung der Arbeitgeber, wie schon jetzt beim Berliner Metallarbeiterstreik zu erkennen sei. Wir hätten aber gar keine Ursache, den Mut zu verlieren, im Gegenteil, kräftige Mitarbeit auf dem Boden des Statuts und im bisherigen Sinne würde den oben geschilderten Zeitpunkt schnell herbeiführen zum Segen der deutschen kassenbewußten Metallarbeiter. In der hierauf lebhaft eingehenden Debatte, die Redezeit war auf 10 Minuten beschränkt, sprachen im Sinne der Verbandstagsmehrheit die Kollegen Sabentz, Abendroth, Kappel und Kallies, während die Kollegen Leiton, Gade, Reibetanz, Log, Rast und Jenke mit offenkundiger Wirkung auf die Versammlung die Stellungnahme der hannoverschen Delegierten unterstützten. Nach einem treffenden Schlußwort des Delegierten Stiefeler wurde folgende, von dem Kollegen Bod eingereichte Resolution mit großer Mehrheit angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung der Verwaltung Hannover des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der jeden Gerechtigkeitsgefühl vermissen lassenden Haltung der Mehrheit auf der 14. Generalversammlung in Stuttgart. Aufs äußerste bedauert sie, daß der Verbandstag in bezug auf Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen völlig versagt hat. Die Versammlung erwartet, daß die neue Verbandsleitung sich bewußt ist, daß die Interessen der Mitglieder nur gewahrt werden können unter Beachtung dessen, was der Verband groß und stark gemacht hat. Etwaige Versuche, den Verband einer bestimmten politischen Richtung dienstbar zu machen, werden wir mit aller Energie bekämpfen. Des weiteren wurde ein Antrag, den seit dem 15. August d. J. g. l.igen Tarif für die hiesige Metallindustrie zu kündigen, mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt. Dafür aber einem Antrage der Ortsverwaltung zugestimmt, eine Leuerungsgulage auf die bestehenden Verdienste in Höhe von 25 % pro Stunde von den Arbeitgebern zu verlangen mit Wirkung von Anfang November an. Dann wurde vom Vorsitzenden eine Entkommensregelung bekanntgegeben, abgeschlossen zwischen den beiderseitigen Organisationen der Metallindustrie, die den Kollegen bei Einleitung von Fehlerschieden wesentliche Vorteile bringt. Mit einem Appell an die Mitgliedschaft Hannover, genau wie bisher fest und unentwegt an unserer Organisation festzuhalten und allen Zersplitterungsversuchen und politischen Treibereien in der Gewerkschaft mit jedem Mittel entgegenzutreten, schloß der Vorsitzende die Tagung.

Anmerkung der Redaktion: Die hannoverschen Delegierten haben bei ihrer Berichterstattung jede Objektivität vermissen lassen. Wir haben deshalb den eingehenden Bericht ungekürzt wiedergegeben, damit sich unsere Kollegen im Reich ein Urteil bilden können. Wir wollen die von den hannoverschen Delegierten aufgestellten Unwahrheiten auch gar nicht richtigstellen, da sie ohnehin für jeden offensichtlich sind. Wie man in Hannover bei der „Berichterstattung“ verfahren ist, das zeigt eine Zeitschrift aus Hannover, die wir nachstehend folgen lassen: „In einer am 8. November stattgefundenen Mitgliederversammlung erstatteten die vier hannoverschen Delegierten, welche alle vier der Stuttgarter Minderheit angehörten, Bericht von der Generalversammlung. Man trug dabei alles nur mögliche gegen die Opposition (Stuttgarter Mehrheit) vor. Ganz besonders war ihnen ein Dismann und Richard Müller auf die Nerven gefallen. Unser Verbandsbeamter Stiefeler brachte es sogar über sich, die Stuttgarter Mehrheit als „Gesellschaft“ zu bezeichnen, was natürlich unter unseren Kollegen großen Anstoß hervorrief, so daß die Versammlung auf einige Minuten unterbrochen werden mußte. Nachdem der ganze Abend nur von den vier Berichterstattern gebraucht worden war, wurde die Versammlung vertagt. In der darauffolgenden Mitgliederversammlung kam man von gewisser Seite gleich zu Anfang mit dem Antrage, den Disziplinarschreibern nur 10 Minuten Redezeit zu gewähren, welcher angenommen wurde. Die Situation war getrefft. Man wollte nämlich erfahren haben, daß die Opposition einen Kollegen bestimmt habe, welcher den Ausführungen der vier Minderheitsdelegierten entgegenzutreten sollte. Weiter wurde von den Anhängern der Stuttgarter Minderheit eine Resolution eingebracht, welche u. a. der Mehrheit der Generalversammlung ein Mißtrauensvotum ausstieß. Als in vorgerückter Stunde nochmals der Kollege Stiefeler das Wort erhielt, verließ ein großer Teil der Kollegen den Saal. Es wurde dann die Resolution zur Abstimmung gebracht und angenommen, wobei ein Teil der Versammlung lebhaften Anstoß beklundete. Willy Winter.“

Pforzheim. Eine gut besuchte Vertrauensmännerversammlung der Verwaltungstelle Pforzheim nahm den Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Stuttgart entgegen. Der Delegierte, Kollege Hamann, gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Generalversammlung. Die sich an den Bericht anschließende Diskussion ergab die Zustimmung zu der Haltung der hiesigen Delegierten auf dem Verbandstag. Mit der Haltung der Mehrheit des Verbandstages waren die Diskussionen nicht einverstanden. Sie bedauerten, daß die Streikleitungen in der Arbeiterbewegung auf politischem Gebiete auch in die Gewerkschaften hineingetragen werden. Die Einigung in den Gewerkschaften muß unter allen Umständen hochgehalten werden und eine Zerreißung derselben gericht nur dem Unternehmertum zum Vorteil und diesem gilt nach wie vor unser Kampf. Es wurde sodann einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich fast wörtlich mit der Entschließung Homburg-Zweibrücken deckt.

Zweibrücken-Homburg. Am Sonntag, den 2. November und 9. November 1919, fanden in Homburg und in Zweibrücken unsere Mitgliederversammlungen statt. Die Mitgliederzahl ist auf weit über 3200 gestiegen. Weiter wurde Bericht gegeben von der Generalversammlung in Stuttgart, der die Kollegen in keiner Weise befriedigen konnte. In erster Linie wurde das Vorgehen der U. S. V. scharf verurteilt, indem sich die Mitglieder nicht mit den glatten Redensarten, wie dieselben auf der diesjährigen Generalversammlung begangen wurden, einverstanden erklären konnten. Nach eingehender Erörterung wurde folgende von der Ortsverwaltung unterbreitete Entschließung gegen 3 Stimmen angenommen: „Die am 2. November und am 9. November 1919 tagenden Mitgliederversammlungen der Verwaltungstelle Zweibrücken-Homburg nahmen den Bericht über die 14. ordentliche Generalversammlung in Stuttgart entgegen. Die Versammlungen verurteilten das jedem Rechtsempfinden hochgradig verwerfliche Vorgehen der Mehrheit der Delegierten. Sie haben die Überzeugung, daß die Mehrheit der Delegierten auf Grund der abekannteten Vorgänge in keiner Weise davon gelöst war, ihr Mandat im Interesse der Gesamtmittelbarkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anzunehmen, sondern daß die Mehrheit der Delegierten in allererster Linie von rein politischen Gesichtspunkten bei ihrem Handeln und ihren Entschlüssen sich hat leiten lassen. Statt nach den schweren Erschütterungen des Krieges dazu beizutragen, das die mächtigste Organisation geschlossen und schlagfertig die ihr in Zukunft erwachsenden Aufgaben zum Wohle der werktätigen Bevölkerung und vor allem ihrer Mitglieder bewältigen könnte, hat die Mehrheit durch ihre Beschlüsse Anzweifeln in weite Kreise der Metallarbeiterschaft getragen und dazu beigetragen, daß die Schwägerlichkeit und Stolz des Verbandes geschwächt hat gefördert wird. Die Versammlung verurteilt ferner aufs schärfste die von der Mehrheit gewalttätig erzwungene Art der Zusammenfassung des Hauptvorstandes nach politischen Parteistellungen, die der politischen Auffassung der Übergangsmehrheit der Mitglieder nicht entsprechen dürfte. Auch darin liegt ein Fehler für die gedeihliche Fortentwicklung unserer Organisation. Ebenso verurteilt die Versammlung, daß die Mehrheit der Delegierten trotz der vorgenommenen Beitragserhöhung die Höhe der Eide für die Erwerbslosenunterstützung abgelehnt hat. Sie erblickt auch in dieser Handlung

In den Beiträgen der R. P. D. werden die heutigen Gewerkschaften als Werkzeuge der Bourgeoisie und der Gegenrevolution bezeichnet. Das trifft nach unserer Meinung nicht zu. Wir haben oft genug betont, daß die Klassenharmoniepolitik der Gewerkschaftsbürokratie maßellos kapitalerhaltend und gegenrevolutionär wirken muß, damit werden die Gewerkschaften als solche aber noch nicht zum Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution. Würde aber die Politik der Arbeitseigenen bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, dann könnte tatsächlich der Zustand eintreten, den die R. P. D. bereits als gegeben ansieht. Daß die Gewerkschaften auf diese abschüssige Bahn gebracht werden konnten, ergibt sich nach Ansicht der R. P. D. aus der Tatsache, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt, wenn man die Proletarier aus der einen Organisationsherausnahme und sie einer anderen zuführt. Dieser Umwandlungsprozess kann vielmehr nur durchgeführt werden, wenn man die Proletarier durch Agitation und Aufklärung in diesen Massen und innerhalb ihrer Organisation, andererseits aber — und im wesentlichsten durch die praktische Schule des Kampfes: als auch des organisatorischen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbürokratie selbst. Darum empfiehlt die R. P. D. ihren Mitgliedern, nicht aus den Gewerkschaften auszutreten, sondern in engerer Fühlung mit den Massen zu bleiben und innerhalb der Gewerkschaften den Kampf gegen die „konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie“ aufzunehmen.

Soweit können wir uns mit der R. P. D. einverstanden erklären. Wir freuen uns über die Klärung, die jetzt durch das energische Eingreifen der Generale in der R. P. D. geschaffen worden ist. Die R. P. D. galt bisher als der Träger der Betriebsorganisation und stellte die Elemente, die ihre Aufgabe in dem Zerbrechen der Gewerkschaften erblickte. Wohin die R. P. D. gekommen wäre, wenn sie diesem Treiben noch länger zugehört hätte, das sagt uns ein Aufruf der Zentrale, in dem es einleitend heißt: „Eine Reichskonferenz, die in diesen Tagen zusammentrat, stand vor der Lebensfrage der Partei. Sie hatte darüber zu entscheiden, ob unsere Partei überhaupt eine Partei, ob sie eine kommunistische insbesondere bleiben wollte, oder ob sie sich auflösen sollte in ein Sammelsurium syndikalistischer Ortsgruppen, die planlos, ohne Einheit, ohne Geschlossenheit, jede um ihren Kirchturm herum, die „ökonomische Revolution“ macht.“

Die Betriebsorganisation wurde im Schoße der R. P. D. geboren. Die R. P. D. hat sich jetzt nach langen, schweren, inneren Kämpfen von dieser „syndikalistischen Krankheit“ befreit. Damit ist dieser Bewegung das Hindernis beseitigt. Trotzdem dürfen wir die Gefahr nicht unterschätzen. Die Propagandisten der Betriebsorganisation, die sich föhlschlicher Weise noch als Kommunisten bezeichnen, werden ihr syndikalistisches Treiben fortsetzen. Mit einer geschulten Phrasologie und dem Hinweis auf die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie während des Streiks und nach der Revolution vermögen sie hier und da auch vorübergehende Erfolge zu erzielen. Jede Zersplitterung des Proletariats lähmt seine Stoßkraft, darum muß mit allen Mitteln gegen die Betriebsorganisationen vorgegangen werden. Das beste Mittel ist die Aufklärung. Hat das Proletariat seine Klassenlage und das Wesen und Ziel der Revolution begriffen, dann wird es sich auch bald über seinen organisatorischen Zusammenschluß klar werden. Im Verlag „Werk“ Berlin, Münchstr. 24, ist eine Broschüre erschienen „Die Gewerkschaften! Die Betriebsorganisation!“, verfaßt von Ernst Däumig und Rich. Müller, die wertvolles Material zur Bekämpfung der syndikalistischen Betriebsorganisation enthält, und die wir unseren Mitgliedern und besonders unseren Funktionären nur empfehlen können.

Delegierte der Minderheit?

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sowie die gesamte rechtssozialistische Presse bringt einen Aufruf „An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, der unterzeichnet ist „Delegierte der Minderheit“. In diesem Aufruf wird zu dem Ergebnis unter 14. Verbandsgeneralversammlung Stellung genommen und behauptet, die Generalversammlung sei nach dem Willen der Führer der Opposition aus dem Lager der U. S. V. D. zu einem Kampfe um die Macht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands benutzt worden. An Stelle des Kampfes um die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der deutschen Metallarbeiter sei der nackte und widerwärtige Interessenkampf einer politischen Partei getreten. Aus zahlreichen Zuschriften und mündlichen Äußerungen aus den Reihen der Kollegenchaft sei der schärfste Unwille über die in Stuttgart gefassten Entschlüsse zum Ausdruck gekommen. Dieser Unwille werde in den nächsten Tagen und Wochen tausendfachen Widerhall finden, aber es sei ein Fehler, wenn, wie schon von verschiedenen Seiten angekündigt wird, die Kollegen und Kolleginnen diese ihre Mißbilligung durch Austritt aus dem Verband zum Ausdruck bringen wollten. Der Aufruf fordert schließlich die Anhänger der Minderheit auf, etwaige schädliche Rückwirkungen der Beschlüsse des Verbandstages nach Möglichkeit einzudämmen und eine Änderung der Verbandsbeschlüsse herbeizuführen.

Es ist das selbstverständliche Recht eines jeden Kollegen, seine Meinung innerhalb unseres Verbandes zum Ausdruck zu bringen. Jeder Kollege hat das Recht, für seine Auffassung Anhänger zu werben. Nichts liegt uns ferner, als den freien Meinungsaustrausch zu beschränken. Wenn die „Delegierten der Minderheit“ mit den Beschlüssen unserer letzten Verbandsgeneralversammlung nicht einverstanden sind, haben sie das Recht, dafür zu wirken, daß andere, nach ihrer Meinung bessere Beschlüsse auf der nächsten Verbandsgeneralversammlung gefaßt werden. Gätten sich aber die Anhänger der heutigen Mehrheit, als sie noch eine Minderheit im Verband waren, der gleichen Agitation bedient, dann hätten diejenigen die heute zu diesem Mittel greifen, ein mildes Geschrei angestimmt und den Vorstand aufgefordert, diese „Quertreiber“ und „Sonderbündler“ aus dem Verband auszuscheiden. Wir haben noch nicht die beispiellose Fege verweigert, die von den Führern der heutigen Minderheit unseres Verbandes im Jahre 1915 getrieben wurde, als sich die Opposition gegen die verhängnisvolle Kriegspolitik der Generalkommission und ihres Verbandsvorstandes regte.

In dem Aufruf werden zwar die Kollegen aufgefordert, nicht aus dem Verband auszutreten. Wenn man aber das Treiben der „Führer“ der Minderheit täglich beobachtet, dann muß man doch die Überzeugung gewinnen, daß die Spaltung unserer Organisation planmäßig vorbereitet wird. Die Führung der Minderheit scheint in den Händen des Kollegen Abolf Cohen (Berlin) zu liegen. Dieser hat in einer Versammlung der Mitglieder unseres Verbandes, die auf dem Boden der U. S. V. D. stehen, die unerhörtesten Angriffe gegen die heutige Mehrheit im Verbande gerichtet. Cohen muß den Verkauf des Berliner Streiks kennen. Wenn er diesen Streik bezeugt, um die heutigen Leiter des Metallarbeiter-Verbandes als Freigänger und Heuchler zu bezeichnen, wenn er weiter sagt, die neuen Wege kennzeichnen sich durch „Lug und Trug, Feigheit, Verleumdung und Ungehorsam“, und wenn er im Anschluß daran weiter ausführt, „ob man uns das Verbleiben im Verband ermöglicht, läßt sich nicht sagen, denn von uns hängt es nicht ab“, dann kann man zu der Auffassung kommen, daß die Spaltung planmäßig vorbereitet wird. Wir haben das Vertrauen zu unseren Mitgliedern, die sich noch nicht mit den Beschlüssen unserer letzten Generalversammlung einverstanden erklären können, daß sie etwaigen Spaltungsversuchen dieser „Führer“ der Minderheit mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden.

Die Fortsetzung des Artikels „Das wirtschaftliche Mätesystem“ von Rich. Müller mußte wegen Raummangel bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.
Die Redaktion.

der Mehrheit eine außergewöhnliche Schädigung der Interessen von Hunderttausenden treuer und alter Verbandsmitglieder, die in der gegenwärtig harten Zeit durch die Maßnahmen noch weiter geschädigt sind. Die Versammlung fordert vom Vorstand und erweiterten Beirat die sofortige Einberufung einer neuen Generalversammlung nach § 38 Absatz 7 des Statuts und verlangt, daß auf dieser Generalversammlung das Statut erneut nach den Vorschlägen des Vorstandes und Statutenberatungskommissionen zur 14. Generalversammlung durchberaten und geändert wird, daß eine erneute Vorstandswahl stattfindet und die Vorstandsmitglieder, die Mitglieder des Ausschusses und die Redakteure nach Fähigkeit und Loyalität und nicht vom politischen Gesichtspunkte ausgewählt werden. Nach weiteren Erörterungen über den Berliner Streik wurde beschlossen, die für die Pfalz ausgegebenen Streikmaterialien auf dem schnellsten Wege abzugeben, um die Kollegen in ihrem schweren Kampfe unterstützen zu können.

Feinmechaniker.

Darmstadt. Der abgeschlossene Tarif der Bandagisten, Schirmer- und Orthopädiemechaniker enthält Stundenmindestlöhne für gelernte männliche Arbeiter im 1. Jahr nach beendeter Lehrezeit 1,90 M., steigend bis zum 3. Jahr nach beendeter Lehrezeit auf 2,70 M. Gelernte Arbeiter, die als Werkzeugmacher, Einrichter und Kontrolleure dauernd in Lohn beschäftigt werden, erhalten nach einmonatiger Beschäftigung einen Zuschlag von 10 v. H. zu ihrem Stundenlohn; für angelernte Fein-, Schraubendreher und Galvanisierer 2,20 M., steigend nach 6 Monaten auf 2,45 M.; für ungelernete Arbeiter bis zum vollendeten 16. Jahre 1 M., steigend zur Höchstgrenze für über 20 Jahre alte, mit besonderen Kenntnissen, auf 2,20 M.; für weibliche Arbeiter bis zum vollendeten 16. Jahre 80 v. H. bis über 21 Jahre alte 1,30 M. Die Lohnsätze der Arbeiterinnen erhöhen sich nach sechsmonatiger Beschäftigung um je 10 v. H. Gelernte Arbeiterinnen erhalten den gleichen Lohn wie gelernte Arbeiter. — Arbeitszeit ist zu leisten. Die Arbeitszeit beträgt 2,70 M. plus 10 v. H. bei durchschnittlicher Leistung. Für 75 bis 150 Lohnstunden im Monat wird ein Zuschlag von 10 v. H. pro Stunde gewährt, über 150 Stunden 15 v. H. Diese Stundenentschädigung gilt für männliche und weibliche. Für Kriegsbeschädigte darf eine Aufrechnung der Rente in den Lohn in keinem Falle stattfinden. Bei der Einschätzung der Leistungsfähigkeit dieser Arbeiter haben die Arbeitnehmervertretungen des Betriebes mitzuwirken. — Ferien werden nach einem Jahr 4 Tage, bis 6 Tage nach 3jähriger Beschäftigung gewährt. — Alle Streitigkeiten in den Betrieben sind mit der Arbeitnehmervertretung zu erledigen. Sittliche Einwirkung zu erzielen, so entscheidet der Schlichtungsausschuss. — Wasas besser schlossen die Schreibrmaschinenmechaniker ihre Lohnbewegung ab. Die Löhne betragen für gelernte Arbeiter 2,05 M. steigend auf 2,85 M. Ständige Außenmonteure erhalten einen Zuschlag von 4 M. pro Woche, Zuschläge 10 v. H. Zuschlag pro Stunde. Ungelernte Arbeiter beginnend mit 1,15 M. steigend zur Höchstgrenze von 2,35 M. Weibliche Arbeiter von 85 v. H. bis 1,45 M. Die Ferien beginnen mit 4 Tagen, steigend bis zu 14 Werktagen. In der Branchenversammlung wurde besonders betont, daß die Löhne Mindestlöhne seien, hiernach sollten die Kollegen ihre Arbeitskraft einschätzen.

Metallarbeiter.

Apolda. Unser am 19. Mai 1919 abgeschlossener erstmaliger Tarifvertrag lief am 30. September ab. Durch beiderseitiges Entgegenkommen, Unternehmern wie Arbeiter, wurde am 10. Oktober vereinbart: Für gelernte Arbeiter Mindestlöhne von 1,20 bis 2 M. die Stunde. Für Spezialarbeiter, soweit sie nicht in Apolda arbeiten usw. 20 v. H. die Stunde Zuschlag. Für angelernte Arbeiter unter 18 Jahren freie Vereinbarung, nach vollendetem 18. bis 21. Jahre 1,85, vom 21. bis 25. Jahre 1,55 und über 25 Jahre 1,80 M. Arbeiterinnen: Ungelernte jugendliche von 0,55 M. an steigend bis über 21 Jahre alte bis 1,05 M. Angelernte jugendliche von 0,70 M. an steigend bis über 21 Jahre alte bis 1,20 M. Für Schmutzarbeiter werden Zuschläge gewährt. Die ersten vier Überstunden mit 25 v. H., die übrigen sowie Sonntagsarbeit mit 50 v. H., Feiertagsarbeit mit 75 v. H. Zuschlag. Die Arbeitszeit muß mit der gesetzlichen Arbeitervertretung, wo solche nicht vorhanden, mit den Arbeitern festgelegt werden und mit 25 v. H. über den oben festgesetzten Stundenlohn in Aussicht gebracht werden. Der Stundenlohn wird garantiert. Auf alle oben bezeichneten Stundenlöhne tritt ab 1. Januar 1920 ein Zuschlag von 10 v. H. Der Vertrag tritt am 10. Oktober 1919 in Kraft und gilt bis 29. Februar 1920 mit monatlicher Kündigung. **Gewerkschaften.** Die Metallarbeiter Gewerkschaften haben einen neuen Tarif mit dem hiesigen Industriezweig abgeschlossen. Die Lohnverhältnisse gestalten sich nun folgendermaßen: Handwerker über 21 Jahre 2,50 bis 2,75 M., bis zum 21. Jahre 1,50 bis 2,40 M., ungelernete Handwerker über 21 Jahre 2,40 bis 2,60 M., von 18 bis 21 Jahren 1,70 bis 2,20 M., Arbeiterinnen über 18 Jahre 1,80 bis 1,70 M. die Stunde. Arbeiterinnen, welche einen eigenen Haushalt führen, erhalten 20 v. H. mehr als ihre Lohnsätze. Arbeiter von 14 bis 18 Jahren 0,60 bis 1,40 M., Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren 0,60 bis 1,10 M., Lehrlinge 0,40 bis 1 M. die Stunde. Spezialarbeiter wird ein weiterer Stundenzuschlag von 15 v. H. bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt Stundenlohn plus 10 Proz. Das Rindergeld wird, wie bisher mit 20 v. H. für jede Schicht und jedes Kind gewährt. Bei besonders schmutzigen, gesundheitsgefährlichen, lebensgefährlichen und solchen Arbeiten, die einen großen Arbeitsaufwand bedingen und ausnahmsweise verrichtet werden, wird eine besondere Vergütung gewährt. Der Vertrag tritt rückwirkend vom 1. Oktober in Kraft. Der Tarifgedanke muß seine Wurzel immer tiefer in die Köpfe unserer Kollegen schlagen. Immer wieder soll daran erinnert sein, was vor der Revolution war. Die Lohnverhältnisse der Hütten- und Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vor dieser Zeit waren jeder Billiar der Vorgeschichte unterworfen. Von Selbstbestimmungsrecht in der Lohnfrage keine Spur. Aber auch der Organisationsgedanke war bei der Mehrheit der hiesigen Arbeiter ein Buch mit sieben Siegeln. Nach dem großen Erwachen soll es nun für immer unsere Lösung sein, der Organisation die Dorn zu halten. Diese nur allein verhilft uns zu künftigen Erfolge.

Zur Theorie der Wahrheit!

In einem Teil der deutschen Presse ging ein Artikel der Frankfurter „Reichs-Zeitung“ über, der sich unter der Überschrift „Theorie und Praxis in der U. S. P.“ mit dem Kollegen Dittmann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschäftigt. Der Artikel behandelt die Gewährung einer Wirtschaftsbeteiligung an das Buchdruckerpersonal der Firma Oster & Münch in Frankfurt a. Main. Sowohl die Frankfurter „Reichs-Zeitung“ wie andere Zeitungen, die die unvorsichtige Behauptung jenes Artikels nachdrücklich, waren gezwungen, nachfolgende Berichtigungen anzuschicken, die in ihrem Jargon sowohl vom Arbeiterausschuss der Firma Oster & Münch wie vom Herrn Oster bestätigt wurden. Die Berichtigung sagt: 1. Der Artikel „Theorie und Praxis in der U. S. P.“ sagt: Die Buchdrucker der Druckerei des unabhängigen „Reichs-Zeitung“ waren bei der Verlegung des Blattes (Dittmann und Toni Sender) wegen Gewährung eines Wirtschaftsbeteiligungsvertrages verurteilt, daß Dittmann die Bewilligung erteilt abgelehnt habe, daß er keine Bewilligung erteilt hätte. Die Behauptungen sind unrichtig. Mehr ist folgendes: Die Buchdrucker der Firma Oster & Münch — des „Reichs-Zeitung“ hat keine eigene Druckerei, sondern wird bei dieser Firma als Privatdrucker gedruckt — verhandelt mit dem Hauptstadl wegen Gewährung einer Wirtschaftsbeteiligung. In einer dieser Verhandlungen wurde ich als Belegter des „Reichs-Zeitung“ zugezogen. Ich habe die Berechtigung der Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftsbeteiligung weitergehend anerkannt. Herr Oster erklärte dann seine Bewilligung, im Monat Dezember eine Beihilfe zu gewähren. Darüber hinaus erklärte ich mich bereit, in meiner Parteiorganisation dahin zu wirken, daß das Buchdruckerpersonal aus allgemeinen Parteizwecken und freiwillig nach ein bestimmter Selbstbestimmung bewilligt würde in Anerkennung ihrer bisherigen Tätigkeit. Der Artikel

ausschloß und später das gesamte Personal erkannte dieses dankbar an und akzeptierte im übrigen das Angebot der Firma Oster & Münch. 2. Daß ich auf angebliche Äußerungen in einer Stadtverordnetenversammlung aufmerksam gemacht worden sei, ist unwahr. Ebenso unwahr ist, daß Toni Sender das Vorstandsmitglied einer „Gewerkschaftsbewegung“ genannt habe. Toni Sender hat an der Besprechung weder teilgenommen, noch ist die Verleger des „Reichs-Zeitung“. 3. Daß ich dem Organisationsvertreter rundweg erklärt habe, „er werde zu den Verhandlungen nicht zugelassen“, ist unwahr. Ich habe den Organisationsvertreter überhaupt nicht gesprochen. Dem Arbeiterausschuss wie dem Druckereibesitzer Oster gegenüber habe ich erklärt, daß es für mich selbstverständlich sei, daß der Organisationsvertreter zu den Verhandlungen zugelassen sei, wenn dies von irgend einer Seite gewünscht würde. Nur hat ich, interne, geschäftliche und finanzielle Angelegenheiten des „Reichs-Zeitung“ — die außerhalb des Rahmens der Verhandlungen über eine Wirtschaftsbeteiligung — nur im Kreise von Mitgliedern der U. S. P. zu erörtern. Dem schlossen sich die Mitglieder des Arbeiterausschusses an. Das ist der wahre Sachverhalt und damit ergeben sich alle weiteren Schlussfolgerungen Ihres Artikels von selbst. Rob. Dittmann. Wir fühlen uns verpflichtet, diese Tatsachen vor unseren Kollegen im Lande festzustellen.

Rundschau

Es geht vorwärts.

Die Umformung der Gewerkschaften schreitet vorwärts. Das Bestreben, sie zu brauchbaren Werkzeugen des Klassenkampfes zu machen, bricht sich überall Bahn. Selbst in jenen Gewerkschaften, die infolge ihrer historischen Entwicklung und mit Hilfe einer im Sinne der Generalamissionspolitik geleiteten Presse in das Schema der sogenannten politischen Neutralität gepreßt wurde, regt sich jetzt die Opposition. In dem Verband der deutschen Buchdrucker regt sich eine scharfe Opposition gegen die Verbandsleitung und ihre Politik ein. Diese findet guten Boden, da ja die Buchdrucker infolge ihrer Tarifgemeinschaftspolitik mit zu den schlechtest bezahlten Arbeitergruppen gehören und die Verteuerung der Lebenshaltung immer mehr steigt. Die hinter den Verbandsinstanzen marschierenden Buchdrucker fühlen sich von ihren Führern verlassen und suchen nunmehr neue Organisationen und Kampfmittel. Die Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen besetzten sich kürzlich in einer Versammlung mit der Schaffung eines graphischen Industrie-Verbandes auf der Grundlage des Räte-systems. In der angenommenen Erklärung wird zum Ausdruck gebracht, daß die seit Jahrzehnten gepflogene Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmern in Form von Tarifgemeinschaften die gegenwärtige Senkung der Reallohne nicht verhindert hat, daß das Abweichen der graphischen Verbände vom Boden des revolutionären Klassenkampfes zu einer Harmonie- und Reformpolitik geführt hat, die aber niemals zur sozialen Befreiung der Arbeiterklasse führen kann. Diese kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein und muß deshalb durch die Klasseneinrichtungen des Proletariats erkämpft werden. Diese Klasseneinrichtungen hat sich die Revolution selbst in den Arbeiter- und Betriebsräten geschaffen. Sie sind die Kampforganisationen, die das gesamte Proletariat umfassen und das Proletariat in der Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit führen müssen. Das wirtschaftliche Räte-system bereitet die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische nicht nur vor, sondern ist Träger derselben. Das erfordert den planmäßigen Zusammenschluß verwandter Berufsgruppen zu Industrieverbänden, die in den Rahmen des wirtschaftlichen Räte-aufbaues eingegliedert sind. Die Papierindustrie ist eine besondere Industriegruppe in der deutschen Volkswirtschaft. Alle produktiven Tätigen in dieser Industriegruppe müssen durch den Industrieverband erfasst werden. Um das zu erreichen, stellen die Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen folgende Forderungen auf: 1. Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden. 2. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern. 3. Anerkennung des Räte-systems als Grundlage zur Sozialisierung. 4. Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität. 5. Anerkennung des Massenstreiks als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel. 6. Grundgesetzliche Änderung der Unterstützungs-einrichtungen. 7. Alleiniges Bestimmungsrecht der Mitglieder in Betrieb und Beruf. Die alte Gewerkschaftsbürokratie stellt dieser revolutionären Entwicklung hilflos und ratlos gegenüber. Der Redakteur des „Korrespondent“ Schaeffer verurteilt der über im Auszug wiedergegebenen Erklärung eine Resolution entgegenzustellen, die von den Hauptvorständen der graphischen Verbände die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft in der graphischen Industrie forderte. Die Leipziger Buchdrucker lehnten das mit reichlich Zweidrittelmajorität ab. Die Opposition hatte einen mehrheitlichen Erfolg. Damit ist auch in die „alte, bewährte“ Gewerkschaftspraxis der Buchdrucker Bresche geschlagen. Das alte Gemäuer schwankt, Steine bröckeln, die Grundfesten sind erschüttert. Über das Alle hinweg schreitet das Neue. Dem Beispiel der Buchdrucker werden andere Berufs folgen.

Das Betriebsrätegesetz.

Dem „Vorwärts“ vom 21. Nov. entnehmen wir nachstehende Notiz: Der 7. Ausschuss der Nationalversammlung beschäftigte sich am Sonnabend mit der Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat und der Vorlage der Bilanz. Über diese Fragen hat sich bekanntlich bisher eine Verständigung unter den Regierungsparteien nicht erzielen lassen. Die Demokraten lehnen sowohl eine Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat wie auch die Vorlage der Bilanz ab. Der kapitalistische Großkapital hat in dieser Partei anscheinend vollständig die Oberhand gewonnen. Eine entgegenkommendere Haltung nimmt das Zentrum ein. Dr. Brauns betonte für diese Partei die politische Notwendigkeit der Erledigung dieses Gesetzes. Andererseits lehne es aber das Zentrum ab, das Gesetz allein mit der Sozialdemokratie zu erledigen. Die einzelnen Regierungsparteien konnten nicht jenseitig von Fall zu Fall die Verantwortung ablehnen und diese anderen überlassen. Dr. Brauns schlug für das Zentrum vor, die Abstimmung noch einmal zu vertagen, um den letzten Versuch zu machen, eine Verständigung herbeizuführen. Demgemäß wurde beschlossen. Für die sozialdemokratische Partei betonte Genosse Weber, daß ohne Annahme dieser beiden Punkte das Gesetz für die Arbeiterklasse wertlos werde. Die sozialdemokratische Partei habe an einem so wertlos gewordenen Gesetz kein Interesse mehr und die politischen Folgen müssen die Parteien tragen, welche die Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Inzwischen haben die Demokraten einen Kompromissantrag eingebracht, wonach ein oder zwei Vertreter zu denjenigen Sitzungen des Aufsichtsrats mit Sitz und Stimme entlassen werden dürfen, in welchem über Angelegenheiten der Arbeitnehmer verhandelt wird. Man erwartet, daß auch die Sozialdemokraten Zugeständnisse nicht abgelehnt sein und die Brücke, die ihnen die Demokraten durch diesen Kompromissantrag bauen, betreten werden. Die Unabhängigen bleiben diesen juristischen Verhandlungen fern. Das Betriebsrätegesetz sollte bereits im Oktober von der Nationalversammlung erledigt werden, damit es Anfang des nächsten Jahres in Kraft treten konnte. So verstandete es der Reichspräsident Bauer. In jeder Lage wird es offenkundig, daß überhaupt kein Gesetz erlassen kommt, es sei denn, daß die Reichsversammlung ihre Grundzüge vollständig preisgibt. Wer bisher geglaubt hat, eine Arbeiterpartei könne durch Kompromisspolitik mit bürgerlichen Parteien die Interessen der Arbeiterklasse wahren, der dürfte wohl bald eines anderen belehrt sein. Wenn die Unabhängigen dieses widerliche Arrangements nicht mehr mitmachen und der Sitzung fernbleiben, so kann man das wirklich verstehen.

Haus Deutschösterreich.

Sonntag den 30. November beginnt in Wien der I. deutsch-österreichische (VIII. österreichische) Gewerkschaftskongress. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist besonders hervorzuheben der Punkt 4, der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisations (Industriegruppen

und Betriebsorganisation), Referent Anton Gueber. Ferner Punkt 5, die Betriebsräte und der Aufbau der Produktion, Referent Franz Domes. Es wird sich zeigen, ob die deutschösterreichischen Kollegen ihren Verbänden die Grundfrage geben, welche unbedingt notwendig ist zur Erstarkung und Wiederaufrichtung der Arbeiterklasse. Österreich, welches durch den Krieg wirtschaftlich vollständig zerrüttet wurde, kann nur durch die Sozialisierung und wiederum nur durch den Träger der Sozialisierung, das wirtschaftliche Räte-system, aus seiner verzweifelt Lage kommen. Hoffen wir, daß diese Tagung eine Förderung des revolutionären Gedankens der Arbeiterklasse bringt.

Vom Ausland

Rußland.

Im Januar d. J. tagte in Moskau der zweite Kongress der Gewerkschaften Russlands. Wie dem verpöht angelangten Bericht zu entnehmen ist, betrug die Zahl der in Sowjetrußland gewerkschaftlich organisierten Arbeiter rund 8 1/2 Millionen. Auf die Metalarbeiter entfallen 400000 Mitglieder. Man sieht, daß auch unter der Hölle der Gewerkschaften nicht überflüssig sind, sondern die Möglichkeit einer freien, nutzbringenden Betätigung haben.

England.

Der letzte Quartalsbericht des Generalverbandes der englischen „Trade Unions“ (Gewerkschaften) enthält folgende Mahnung, der verteuert nach deutscher Luft riecht: „Die Periode vom November bis zum nächsten Mai wird die folgenschwerste sein. Wenn die Verunsicherung nicht die Oberhand gewinnt und die Produktion sich vermehrt, wird sie geradezu tragisch sein. In rascher Folge haben sich Streiks ereignet, die hätten vermieden werden können. Die Gelder der Trade Unions sind ohne Notwendigkeit ausgegossen worden. Einige Streiks haben deutlich erkennbar einen politischen Ursprung gehabt. Die politischen Streiks müssen aufhören oder dann zur Revolution führen. Sie richten sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Allgemeinheit.“

Es ist nicht der Kapitalismus, der unter den politischen Streiks leidet, sondern die Öffentlichkeit. Die Regierung muß die Öffentlichkeit gegen solche Streiks schützen oder auf ihre Funktionen verzichten. Die Wirkung solcher Streiks ist, die Produktion herabzusetzen und die Preise aller Bedarfsartikel zu erhöhen. Bei der gegenwärtigen Lage der Nation und dem möglichen schweren Mangel an Produktion müssen die Gewerkschaften den Dingen ins Gesicht sehen, d. h. sich vergegenwärtigen, daß der Krieg zu Ende ist, daß die Konkurrenz zwischen den Nationen wieder in Kraft ist, daß Lebensmittel und Rohstoffe aus Ländern eingeführt werden müssen, deren Kaufleute nicht unter der Kontrolle unserer Regierung sind, und daß diese Einfuhr mit Waren, nicht mit Papier bezahlt werden muß.“

Man ist versucht zu glauben, eine Proklamation der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands zu lesen. Sollte diese Kommission international sein? Jedenfalls ist es aber ein Verweis dafür, daß selbst in den siegestrunkenen Ländern das revolutionäre Proletariat verurteilt, die kapitalistischen Fesseln zu sprengen. Darob das Geschrei der Speiche nach „Ruhe und Ordnung“, genau wie bei uns.

Eingegangene Schriften

Für alle in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen gibt die Zentrale der Betriebsräte allwöchentlich Nachrichten heraus, die belehrende Artikel und Mitteilungen über die Entwicklung des Räte-systems in den verschiedenen Industrien und Bezirken Deutschlands und dem Auslande enthalten. Diese „Nachrichten der Zentrale der Betriebsräte, Wochenausgabe für Funktionäre“ muß jeder tätige Genosse, der über die Arbeiterbewegung unterrichtet sein will, lesen. Eine Nummer kostet 20 v. H. Bestellungen möglichst direkt von den Betriebs- oder Arbeiterräten sind an den Genossen Kurt Geyer, Berlin, Reichstag, zu richten.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
 - Mittwoch, 10. Dezember: Solingen a. d. G. Sonne, 8 Uhr.
 - Samstag, 13. Dezember: Radla, Müller, Saalfeldstr. 8 Uhr.
 - Stahlf. Fichtenhof, 8 Uhr.
 - Zeiberg, Schönach.
 - Sonntag, 14. Dezember: Solingen a. d. G. Saalfeldstr. 8 Uhr.
 - Nilsdorf O.-S. Saalfeld, 10-12 Uhr.
 - Samstag, 20. Dezember: Langenl. Sch. Wintergarten, 8 Uhr.
 - Alfölden, Neuf. Brauhaus, 8 Uhr.
 - Sonntag, 21. Dezember: Sonderburg, Gewerkschaftshaus, 5 Uhr.
 - Samstag, 27. Dezember: Wetzlar, Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
- Angestellte gesucht.**
 - Dortmund. Gewünscht wurden die Kollegen Weiler (Dortmund) und Weigel (Gelsenkirchen). Allen Bewerbern besten Dank.
 - Kaiserlautern. Weiterer Geschäftsführer für Kasse. Erste Kraft 5jähr. Verbandszugehörig. Bewerbungen mit Angabe über Beruf, Familienstand und bisher. Tätigkeit im Verband mit Aufsicht „Bewerbung“ bis zum 15. Dez. an Verwaltungstelle Kaiserlautern, Rittersberg 10.
- Gestorben.**
 - Apolda. Louis Gerhardt, Arbeiter. — Julius Nagmann, Hilfsarbeiter. — Leopold Emmel, Redakteur, Gallefelden. — Otto Häring, Hilfsarbeiter, 40 Jahre, Unglücksfall. — Jakob Müller, Hilfsarbeiter, 52 Jahre, Lungenerleiden. — Friedrich Wieland, Hilfsarbeiter, 45 Jahre, Lungenerleiden. — Michael Ruoff, Former, 43 Jahre, Lungenerleiden.

Bekanntmachungen.

Wien (Westl.). Die Geschäftsstelle befindet sich Dittmann 22 (Jung Goldener Hirs). Für den allgemeinen Verkehr geöffnet: von 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 8 Uhr. Samstag nachmittags geschlossen. Auszahlungen nur Samstag.

Sonstige Anzeigen

- Zwei tüchtige, selbständige, ältere Stanz- und Schnittmacher** von Süddeutscher Automobilfabrik zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnis-Abschriften und Lebenslauf unter N. S. 2789 an den Verlag d. Bl. erbeten.
- Für dauernde Beschäftigung als Arbeiter gesucht tüchtiger Feilen-Feiler, tüchtiger Feilen-Schmied,** der in der Lage ist, jede vorkommende Feilenforte sowohl von Hand, wie unter Hammer zu schmieden und die Feilen herzustellen. Angebote sind unter N. S. 2791 an den Verlag d. Bl. zu richten.
- Tüchtiger Schnitt- u. Werkzeugmacher** der auch im Einstellen von Automaten bewandert ist, wird sofort gesucht. Angebote mit Zeugnis-Abschriften und Angabe der Lohnforderung erbeten. N. Röhle & Sohn, Glasgasse 1, 3.
- Tüchtige Optiker** für Gebelarbeiten bei gutem Arbeitslohn. Stellen dauernd ein. N. Röhle & Sohn, Glasgasse 1, 3.
- Ein Reichmannsabrik mit Feilenwerkzeugen, welche sich mit der Herstellung von Eisenmaschinen, insbesondere Formmaschinen, besetzt, sucht einen tüchtigen, anständigen und zuverlässigen Lehrformen,** welcher im Stande ist, Maschinenformen anzulegen und Formmaschinen, sowie deren Vorrichtungen zu fertigen. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnis-Abschriften erbeten. Herrig & Schmalz, u. Schmalz & Comp., Hannover-Gaienhof.

Das durch diese letzteren Bezirke und die Göttinger Gegend verleinerte Niederschlesien steht unter dem herrschenden Einfluß Preussens, so daß die reichlichen Teile Nieder- und Mittelschlesiens mit dem Waldburger Kohlenrevier einen selbständigen Wirtschaftsbezirk ergeben.

Südblich davon ist das ober-schlesische Industriegebiet ohne weiteres als ein selbständiges Wirtschaftsrevier zu bezeichnen. Im Norden bildet Hinterpommern mit der Umgegend Stettins einen Bezirk für sich.

Oben ist durch die Einschlebung des polnischen Korridors nach Danzig mit Ostpreußen der West-Mittelpreußen unter dem Einfluß der Städte Königsberg, Elbing und Tilsit ein selbständiger Wirtschaftsbezirk.

Wenn die Arbeiterschaft mit diesem Vorschlag der Gliederung Deutschlands in Wirtschaftsbezirke einverstanden ist, dann wird sie ihn auch praktisch fördern müssen, indem sie die bereits vorhandenen Zusammenfassungen der Betriebsräte den Wirtschaftsbezirken anpassen sucht. Die Zentrale der Betriebsräte, die der Arbeiterschaft diese Vorschläge unterbreitet, hat es abichtlich vermieden, die genauen Grenzen der einzelnen Bezirke anzugeben. Sie erwartet, daß in gleichem Maße, wie die Organisation der Betriebsräte in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht hat, die Arbeiterschaft auch, durchdrungen von der Notwendigkeit des Aufbaues des Reichsstaats, die Zusammenfassungen nach Wirtschaftsbezirken bald vornehmen wird.

Wenn sich für die einzelnen Bezirke die Fachgruppenräte der verschiedenen Industrien und der Bezirkswirtschaftsrat gebildet haben, dann wird sich durch die praktische Organisationsarbeit unserer Genossen zeigen, wie im einzelnen die Wirtschaftsbezirke abzugrenzen sind. Die revolutionäre Zeit mit ihrer schnellen Entwicklung fordert aber gebieterisch von dem Proletariat, daß es sich nicht von den Ereignissen treiben läßt und durch mangelnde Vorarbeiten die Erreichung des Sozialismus verzögert. Es gilt, durch Auffklärung und durch praktische Vorbereitung, durch Agitation für die Räte und durch ihre organisatorische Zusammenfassung dem Sozialismus und damit dem Glück der gesamten Menschheit den Weg zu ebnen.

Der Streik Büßing, Braunschweig

In der Automobilfabrik S. Büßing kam es am 1. August 1919 zu Differenzen, weil die Firma die Akkordarbeit wieder einführen wollte. Mit der Einführung der Akkordarbeit war eine erhebliche Verschlechterung des Verdienstes verbunden. Die Arbeiter lehnten die Akkordarbeit ab und traten in passive Resistenz. Durch Verhandlungen wurde die Angelegenheit bis zum 13. August hingezogen. An diesem Tage wurde die ganze Belegschaft von 1500 Mann wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung fruchtlos entlassen. Die Firma behauptet, daß in den letzten Tagen nicht jeder Arbeiter seine volle Schuldigkeit getan habe. Auf Grund der Verordnung vom 4. Januar 1919 wurde gegen die Firma wegen ungerechtfertigter Entlassung beim Schlichtungsausschuß geklagt. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten wegen des tariflichen Schlichtungsausschusses, der schon seit Monaten nicht mehr arbeitet, kam es zu Verhandlungen. Die Firma gab durch ihren Vertreter eine Erklärung ab, daß die Arbeit nur mit Akkordarbeit und unter den von der Firma vorgelegten einseitigen Bedingungen aufgenommen werden könnte. Die Ablegung der Nachtschicht sei wirtschaftlich notwendig. Daher könne die Einstellung der Entlassenen nur nach freiem Erlassen der Firma erfolgen. Unter keinen Umständen könne ein Mitglied des Arbeiterrats wieder in den Betrieb. Also Maßregelung in traktierter Form, die auch den Vorstand veranlaßte, für die Entlassenen die Unterstützung für Ausgesperrte zu bewilligen. Weiter trat zutage, daß durch die Ablegung der Nachtschicht rund 300 Mann unter Umgehung der Vorschriften über wirtschaftliche Demobilisierung brotlos werden sollten. Am 2. September kam ein Schiedsspruch zustande, der die Entlassung der Arbeiter für ordnungsmäßig erklärte. Die Arbeiter werden zur Akkordarbeit verurteilt, die näheren Bedingungen sind mit dem Arbeiterratsausschuß zu vereinbaren. Die Firma muß alle Arbeiter wieder einstellen, Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Die Arbeiter lehnten den Schiedsspruch wegen der Akkordarbeit ab, die Firma, weil sie nicht alle Leute wieder einstellen brauche. Zur weiteren Verhandlung geht die Sache an den Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium. Am 19. September wurde dort ein Schiedsspruch verkündet, der für die Arbeiter günstiger ausfiel, weil die Akkordarbeit besser präzisiert wurde. Für die Firma blieb bestehen, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden und keine Maßregelungen vorgenommen werden dürfen. Diesen Spruch nahmen die Arbeiter an, die Firma lehnte wieder ab. Der Antrag der Arbeiter, den Spruch für verbindlich zu erklären, wurde vom Demobilisierungskommissar abgelehnt, weil der Schiedsspruch die Gründe einer sofortigen Entlassung nach § 23 der Gewerbeordnung nicht berücksichtigte. Der Demobilisierungskommissar gab den Schiedsspruch zur nochmaligen Verhandlung an das Reichsarbeitsministerium zurück. In der Sitzung am 14. Oktober wurde der Spruch den Wünschen des Demobilisierungskommissars entsprechend geändert. Der abgeänderte Spruch wurde von den Arbeitern wieder angenommen, von der Firma wieder abgelehnt. Wieder stellten die Arbeiter den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung. Der Demobilisierungskommissar erklärte den Spruch nicht für verbindlich, weil er keine neue Rechtslage schaffen wolle. Eine Beschwerde an den Reichsarbeitsminister war erfolglos. Der Minister erklärte wörtlich: Es ist nichts zu machen, der Demobilisierungskommissar kann den Schiedsspruch für verbindlich erklären, er braucht es aber nicht. Ein Einschreiten lehnte er ab. Damit war der Rechtsweg, auf den die Arbeiter immer hingewiesen werden, erschöpft. Während der letzten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß wurden Verhandlungen von neutralen Personen angeboten, die von den Arbeitern angenommen, von der Firma zurückgewiesen wurden. Verhandlungen des Metallarbeiterverbandes mit dem Unternehmerverband scheiterten, weil die Unternehmerorganisation nicht gegen die Firma vorgehen wollte. Schon zum 1. Oktober suchte die Firma durch Inzertate in bürgerlichen Zeitungen Streikbrecher anzuwerben. Der Erfolg war, daß sich ganze 8 Mann meldeten, die aber noch an demselben Tage wieder entlassen wurden, weil Arbeitsleistungen von diesen nicht zu erwarten waren. Zum 1. November setzte eine neue Anwerbungsperiode ein. Halbseitige Inzertate wurden hier und in auswärtigen Zeitungen veröffentlicht. Der Stadtmagistrat schickte unter Umgehung des Facharbeitsnachweises durch den Kreisarbeitsnachweis alle Erwerbslose zur Firma. Von auswärts kam größerer Zugang. Diese Maßnahmen konnten von uns zum größten Teile rückgängig gemacht werden. Allerdings hatten diese Bestrebungen der Firma den Erfolg, daß der Zusammenhalt der Ausgesperrten gelockert wurde und ein Teil der Arbeiter sich der Firma zur Verfügung stellte. Durch den vierzehn Wochen langen Kampf war die Not bei vielen Arbeitern auf das höchste gestiegen. Am 18. November wurde daher der Widerstand aufgebeugt und die Bereitwilligkeit zur Arbeitsaufnahme bekundet. Auf Beschluß der Versammlung wurde je ein Vertreter des Metallarbeiter-, Holzarbeiter- und Fabrikarbeiterverbandes bestimmt, die mit der Firma die Einstellung vereinbaren sollten. Der Unternehmer ist mit seiner Absicht durchgekommen. Die mit großem Lärm als für die Arbeiter günstig erklärten Gesetze und Verordnungen haben sich als günstig für die Unternehmer herausgestellt. Das Unternehmertum kann machen, was es will, es bekommt Recht und wird durch die Regierung geschützt. Das ganze Schlichtungsverfahren ist nichts als Spiegelfechterei und nicht geeignet, die Arbeiter gegen die Unternehmer und deren Machenschaften zu schützen. Die Ausgesperrten bekundeten in einer Resolution einstimmig, daß sie nicht aus gebrochenem Kampfesmut, sondern durch den Verzicht von 300 Kollegen und die wirtschaftliche Notlage den Widerstand aufgaben. Sie geben ungebogen und mit dem Bewußtsein an die Arbeit, nicht zu ruhen, bis das Unternehmertum mit seinen Ausbeutungsbestrebungen vernichtet ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 14. Dez. der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Dezember 1919 fällig ist.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Im Stenogramm des Generalversammlungsprotokolls fehlt der Name des Redners der folgenden Ausführungen:

„Ich habe festgestellt, daß unser Material die gewerkschaftsfeindlichen Flugblätter von anderer Seite unterschoben worden sind. Wir haben das in der Presse berücksichtigen müssen, denn wir wollen ebenso wie Müller und Däumig die Geschlossenheit der Gewerkschaften erhalten.“

Der Redner dieser Worte wird ersucht, seinen Namen dem Vorstand mitzuteilen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I wöchentlich	II wöchentlich	III wöchentlich	
Aue	30	20	15	1. Beitragsw. 1920
Bendorf a. Rh.	30	20	10	1. " 1920
Bockwisch	20	15	10	1. " 1920
Danzig	40	10	10	1. " 1920
Düren	80	—	—	49. " 1919
Düren	30	—	—	1. " 1920
Freiburg i. Schl.	30	15	10	1. " 1920
Göhring	20	10	10	1. " 1920
Helmstedt	30	10	10	1. " 1920
Hörde	80	—	—	49. " 1919
Köln a. Rh.	30	20	20	1. " 1920
Krefeld	30	40	20	1. " 1920
Lautz i. B.	20	20	10	1. " 1920
Laurahütte	20	20	10	1. " 1920
Leer	30	5	5	1. " 1920
Lübeck	30	15	10	1. " 1920
Mannheim	60	80	15	1. " 1920
Reutal	20	10	—	1. " 1920
Reutal a. D.	20	10	10	1. " 1920
Oppeln	20	10	—	1. " 1920
Worms	30	20	15	1. " 1920

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 23 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Allenstein:
Der Schmied Josef Palmowski, geb. am 3. Oktober 1882 zu Woritten, eingetreten am 16. März 1919 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 22920, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bromberg:
Der Arbeiter Friedrich Brubek, geb. am 25. Mai 1885 zu Labischin, eingetreten am 13. Dez. 1918 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 6824, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Gestohlen wurde:
Mitgliedsbuch-Nr. 1310028, lautend auf den Metallarbeiter Emil Scheel, geb. am 22. Dezember 1885 zu Lübeck, eingetreten am 27. August 1911 zu Osnabrück. (Lübeck.)

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Zutug ist fernzubalten:

- von Wandagisten und Orthopädiemechanikern nach Düsseldorf (Ja. Arthur Wolf) M.; nach Kassel L.
 - von Drechern nach Soest (Ja. Ruthemeyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chem. Fabriken) M.
 - von Formern und Sicheerehilfsarbeitern nach Soest (Ja. Ruthemeyer) D.
 - von Graveuren (Relief-) nach Aheydt (Ja. Herm. Schött U.G.) D.; von Instrumentenmachern nach Kassel L.
 - von Kesselschmiedern nach Soest (Ja. Ruthemeyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.
 - von Klempnern und Installateuren nach Biberach a. N. L.; nach Greifswald i. Pommern (Ja. Alfred Ruhn) M.
 - von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik S. Büßing) St.; nach Bremen L.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gelsenkirchen (Ja. Gelsenkirchener Maschinenfabrik) D.; nach Gumbinnen v. St.; nach Holscherhausen-Dorsten (Rhein-Westf. Stahlwerke) L.; nach Hörde i. W. u. Umg. L.; nach Lahr L.; nach Lindau D.; nach Weimar M.
 - von Schloßern und Schmiedern nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.
 - von Schmitt- und Stanzbauern, Schlossern, Drechern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Ja. Hob. Kötsch) L.
 - von Werkzeugschmiedern nach Vallendar (Ja. Joh. Kruck) L.
 - von Zinngeßtern nach Regensburg (Ja. Eugen Wiedemann) M.
- L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; M. = Mißstände.

Berichte

Vom Verbandstage.

Gassen. Am 19. November nahm eine von 250 Personen besetzte Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Gassen den Bericht des Kollegen Nieses (Berlin) von der Generalversammlung entgegen. In ausführlicher Weise erörterte Kollege Nieses die Streitfragen des Verbandes und erklärte seine Stellungnahme. Er führte der Versammlung vor Augen, welche außerordentlich schädliche Wirkung auf die Verhandlungen die Fraktionsbildung hatte. Gegen eine Stimme billigte die Versammlung die Stellungnahme des Kollegen Nieses zu den Streitfragen des Verbandes. Mit Bedauern nahm die Versammlung Kenntnis von dem Beschluß der Generalversammlung, die Erwerbslosenunterstützung nicht zu erhöhen. Es ist zu bedauern, daß die Vertreter der Mehrheit so wenig Verständnis für die sehr schwierige Lage der Erwerbslosen hatten. Die Versammlung beschloß deshalb einstimmig, eine Kommission zu wählen, die Vorschläge machen soll, nach welchen eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung aus lokalen Mitteln erfolgen soll. Die nächste Mitgliederversammlung wird einen dementsprechenden Beschluß fassen.

Röln. In zwei Generalversammlungen befaßten sich die Kölner Mitglieder ausgiebig mit den Beschlüssen des Verbandstages. Bei der Berichterstattung versuchten die Kollegen der Opposition einen Erfolg zu erzielen, indem sie scharf für die Beschlüsse des Verbandstages eintraten und auch eine entsprechende Resolution vorlegten. Es kamen in der Ausschusssitzung sechs Kollegen der Opposition und nur drei Angehörige der Verbandstagesmehrheit zu Wort. Trotzdem nahm die Generalversammlung am Schluß gegen 85 Stimmen die nachfolgende Entschließung an: „Die heutige Generalversammlung heißt das Verhalten und die Abstimmungen der Kölner Delegierten auf dem Stuttgarter Verbandstage gut. Die Generalversammlung mißbilligt die Beschlüsse des Verbandstages, soweit sie von parteipolitischen Gesichtspunkten diktiert wurden und bedauert, daß bei der starken Beitragserhöhung außer der Streitunterstützung nicht auch die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung erhöht worden ist. Unter der Voraussetzung, daß die Einrichtungen des Verbandes nur zur Durchführung gewerkschaftlicher Grundsätze und Forderungen gebraucht werden und der Verband nicht zu einem Instrument zur Erreichung parteipolitischer Ziele gemacht wird, gelobt die Generalversammlung, für die Einigkeit und Geschlossenheit des Verbandes bis zum äußersten einzutreten. Damit hofft die Generalversammlung, daß die Einheit des Verbandes gewahrt und der nächste Verbandstag so zusammengesetzt wird, daß Fraktionsbildungen nicht mehr notwendig sind.“

Lindau i. B. In der am 26. November tagenden Mitgliederversammlung erstattete Kollege Dietrich Bericht über den Stand der Verhandlungen des Kollektivabkommens für die Provinz. Er führte aus, daß die Verhandlungen infolge Versperrung unterbrochen wurden, so daß der Abschluß des Abkommens erst jetzt erfolgte. Der Redner kommt sodann auf den Verbandstag zu sprechen und gab einen Überblick über die Verhandlungen in Stuttgart. Die sozialdemokratische Presse hat nun in einer ganz gemeinen Weise gegen den Verbandstag geschrieben, so daß die Absicht daraus deutlich zu erkennen ist. Wenn jetzt alle Zeitungen dieser Richtung von einer „bevorstehenden Einigung des Proletariats“ schreiben, dann werden die Arbeiter die Konsequenzen wohl daraus ziehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Lindau i. B. ist mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und begrüßt, daß durch dieselben der neue Vorstand die Möglichkeit hat, unsere Organisationen wieder zurückzuführen auf den Boden des Klassenkampfes. Durch rege Agitation in unserem Bezirk wollen unsere Mitglieder dafür Sorge tragen, daß auch der letzte Metallarbeiter der Organisation zugeführt wird.

Graveure und Zifeleure.

Am 24. und 25. November d. J. fanden die Reichstagsverhandlungen unserer Vertreter mit der Leitung des Deutschen Graveur- und Zifeleurverbandes in Berlin statt. Die eingehenden Beratungen haben ein Reichstagsverhältnis geschaffen, das insofern ist, die Lage der Gehilfen, besonders in den feingewerblichen Betrieben zu heben. Aus den Abmachungen heben wir folgende Positionen hervor: Die Arbeitszeit soll pro Woche 46 Stunden betragen. Von Montag bis Freitag je 8, Samstag 6 Stunden. Überstunden sind nur im dringenden Fällen zulässig unter Zustimmung von Betriebsrat, Arbeiterausschuß oder Vertrauensmann. Es wird ein Aufschlag von 25 Prozent für die ersten zwei, für die nächsten zwei Stunden 50 Prozent und für Nacharbeit und Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 100 Prozent gezahlt. Ferien werden gewährt im ersten Jahre der Beschäftigung 8 Tage, dann 4, 5, 6 und im fünften Jahre und darüber hinaus 8 Tage. Die Lohnarbeit soll die Regel sein; nur dort, wo das Arbeitsprodukt sich als Massenartikel ständig wiederholt, soll Akkordarbeit zulässig sein. Dann aber muß ein Aufschlag von mindestens 30 Prozent auf den mittleren Stundenlohn der jeweiligen Lohnklasse erfolgen. Der Minimallohn beträgt: bis zum 21. Jahre 1,50—1,75 M., bis zum 24. Jahre 1,80—2,10 M., über 24 Jahre 2,20—2,50 M. Dazu erfolgt ein Zuschlag von 15 bis 18 Prozent in Städten bis zu 150.000 und 20.000 Einwohnern und darüber hinaus 20 Prozent. Angelernte Hilfsarbeiter in Gravieren- und Zifeleuranstalten erhalten Mindestlöhne von 18 bis 24 Jahre 1,20—2,10 M. Dazu die Städtezulage von 15, 18 und 20 Prozent. Die Heimarbeit für den eigenen Gebrauch ist für den fremden Meister und Unternehmer ist verboten. Es kommt besonders in diesem Fall auf die Kollegen an, diesen Krebsbalden innerhalb unseres Gewerbes mit allen erlaubten Mitteln zu bekämpfen und zu beseitigen. Wenn beide Teile, Meister und Gehilfen, hier zusammenwirken, dann läßt sich dieses Übel auf ein Minimum beschränken. Die Großwerkzeuge werden vom Meister geliefert und für abgenutzte Werkzeuge wird Ersatz geliefert. Die Arbeitsvermittlung soll durch die kommunalen, paritätischen Arbeitsnachweise und auf paritätischer Grundlage geschaffen werden. Zu diesem Zwecke sollen demnächst Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium als auch der Stadt Berlin, wo diese Arbeitsvermittlung ihren Sitz erhalten soll, folgen. Die Behringfrage wurde nicht im Reichstagsverhältnis, sondern zu Protokoll erklärt, daß beide vertragschließende Parteien demnächst zusammentreten, um einen Lehrvertrag auszuarbeiten, der den neuzeitlichen Verhältnissen entspricht. Der Reichstags für das Graveur- und Zifeleurgewerbe gibt ab 1. Dezember 1919 und ist von beiden Parteien dem Reichsarbeitsministerium zur Verbindlichkeitsklärung eingereicht worden.

Wir erlauben nunmehr die Kollegen, den Tarif an allen Orten den Meistern zur Anerkennung vorzulegen. — Die Ortsverwaltungen aber bitten wir, uns umgehend mitzuteilen, wieviel Exemplare vom Reichstags für Graveure und Zifeleure benötigt werden. In Betracht kommen in erster Linie alle Gravieren- und Zifeleuranstalten des Handwerks.

Die Zentralbranchenleitung für Graveure u. Zifeleure: E. Brüdner.

Schmiede.

Altenstadt i. Schw. Auf die Mitteilung in Nr. 48 betreffs der Reichsschmiedekommunikation möchte ich auch die Schmiede der Stanz- messerbranche aufmerksam machen. Es wäre wohl für alle in dieser Branche beschäftigten Schmiede von Vorteil, wenn sie auf der Reichskonferenz vertreten wären. Des weiteren schlage ich vor, daß von der Zentralbranchenleitung Erhebungen über die Lohn- und Akkordfrage in den einzelnen Betrieben gepflogen würden, damit einmal eine Statistik zusammengestellt werden könnte. Bernh. Trinkauf.

Rundschau

Werftarbeiterbewegung.

Die seit Juni sich hinschleppende Lohnbewegung der Werftarbeiter wurde von der Konferenz in Hamburg als abgeschlossen erklärt. Die Zentralbewegung konnte trotz verschiedener Schiedssprüche keine Einigung bringen. Die Verhandlungen sollen nunmehr auf Grund der zuletzt getroffenen Vereinbarungen brüchig fortgesetzt werden. An der Akkordfrage sind bis jetzt die Verhandlungen gescheitert.

„Die Sozialisierung marschiert“ — „Der Sozialismus ist da.“ Anfang dieses Jahres wurden in Berlin und anderen Großstädten der Republik große Plakate an die Häuser geklebt, die mit riesigen Lettern der fäunenden Welt verkündeten: „Die Sozialisierung marschiert.“ — Als im März dieses Jahres in Mitteldeutschland der Generalstreik ausgebrochen war, wurden Millionen von Ketteln durch Lagerräume niedergeworfen mit der kühnen Behauptung: „Der Sozialismus ist da.“ — Monate sind vergangen. Wir stehen heute der Sozialisierung ferner denn je. Durch die Verfassung ist der kapitalistischen Entwicklung freie Bahn geschaffen und der Sozialisierung der Weg verarmt. Die kläglichen Versuche einer Sozialisierung sind nur unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe gemacht worden. Das hat der Reichsarbeitsminister a. D. Rudolf Wissell auf der Konferenz der Reichssozialisten offen zugegeben. Der Forderung der Arbeiter nach Sozialisierung wurde

Das durch diese letzteren Bezirke und die östlicher Gegend ver-

Südblich davon ist das ober-schlesische Industriegebiet ohne weiteres als ein selbständiges Wirtschaftsgebiet zu behandeln.

Ebenso ist durch die Einschlebung des polnischen Korridors nach Danzig mit Ostpreußen der West-Preußen unter dem Einfluß der Städte Königsberg, Elbing und Tilsit ein selbständiges Wirtschaftsgebiet.

Wenn die Arbeitererschaft mit diesem Vorschlag der Gliederung Deutschlands in Wirtschaftsbezirke einverstanden ist, dann wird sie ihn auch praktisch fördern müssen, indem sie die bereits vorhandenen Zusammenfassungen der Betriebsräte den Wirtschaftsbezirken anpassen sucht.

Wenn sich für die einzelnen Bezirke die Fachgruppenräte der verschiedenen Industrien und der Bezirkswirtschaftsrat gebildet haben, dann wird sich durch die praktische Organisationsarbeit unserer Genossen zeigen, wie im einzelnen die Wirtschaftsbezirke abzugrenzen sind.

Der Streik Büßing, Braunschweig

In der Automobilfabrik S. Büßing kam es am 1. August 1919 zu Differenzen, weil die Firma die Akkordarbeit wieder einführen wollte. Mit der Einführung der Akkordarbeit war eine erhebliche Verschlechterung des Verdienstes verbunden. Die Arbeiter lehnten die Akkordarbeit ab und traten in passive Resistenz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Fürtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 14. Dez. der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Dezember 1919 fällig ist.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden.

Im Stenogramm des Generalversammlungsprotokolls fehlt der Name des Redners der folgenden Ausführungen:

Ich habe festgestellt, daß unser Material die gewerkschaftsfeindlichen Flugblätter von anderer Seite unterschoben worden sind. Wir haben das in der Presse berichtigt, müssen, denn wir wollen ebenso wie Müller und Däumig die Geschlossenheit der Gewerkschaften erhalten.

Der Redner dieser Worte wird ersucht, seinen Namen dem Vorstand mitzuteilen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse (I, II, III wöchentlich Pfennig), Beginn der Beitragserhöhung. Lists various locations like Aue, Bendorf a. Rh., Bochum, Danzig, etc.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Allenstein: Der Schmied Josef Balmowski, geb. am 8. Oktober 1882 zu Woritten, eingetreten am 16. März 1919 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 22920, wegen Unterzahlung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bromberg: Der Arbeiter Friedrich Brubehl, geb. am 25. Mai 1885 zu Labischin, eingetreten am 13. Dez. 1918 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 6824, wegen Unterzahlung von Verbandsgeldern.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 1810028, lautend auf den Metallarbeiter Emil Scheel, geb. am 22. Dezember 1885 zu Lübeck, eingetreten am 27. August 1911 zu Osnabrück. (Lübeck.)

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzubalten:

- von Wandagisten und Orthopädiemechanikern nach Düsseldorf (Fa. Arthur Wolf) M.; nach Kassel L.; von Drechern nach Soest (Fa. Rühmeyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chem. Fabriken) M.; von Formern und Siebereihilfsarbeitern nach Soest (Fa. Rühmeyer) D.; von Graveuren (Reliefs) nach Herten (Fa. Herm. Schött U.S.) D.; von Instrumentenmachern nach Kassel L.; von Keilschmiedern nach Soest (Fa. Rühmeyer) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.; von Klempnern und Installateuren nach Biberach a. N. L.; nach Greifswald i. Pommern (Fa. Alfred Ruhn) M.; von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik S. Büßing) St.; nach Bremen L.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gelsenkirchen (Fa. Gelsenkirchener Maschinenfabrik) D.; nach Gumbinnen v. St.; nach Holsterhausen-Dorsten (Rhein.-Westf. Stahlwerke) L.; nach Hörde W. u. Umg. L.; nach Lahr L.; nach Lindau D.; nach Weimar M.; von Schlossern und Schmiedern nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.; von Schmitt- und Stanzbauern, Schlossern, Drechern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Rob. Kottsch) L.; von Werkzeugmachern nach Ballenbar (Fa. Joh. Knud) L.; von Zinngießern nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedemann) M. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Berichte

Vom Verbandstage.

Gessen. Am 19. November nahm eine von 250 Personen besuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Gessen den Bericht des Kollegen Rieles (Berlin) von der Generalversammlung entgegen. In ausführlicher Weise erörterte Kollege Rieles die Streitfragen des Verbandes und erklärte seine Stellungnahme.

Köln. In zwei Generalversammlungen befaßten sich die Kölner Mitglieder ausgiebig mit den Beschlüssen des Verbandstages. Bei der Berichterstattung verurteilten die Kollegen der Opposition einen Erfolg zu erzielen, indem sie scharf für die Beschlüsse des Verbandstages eintraten und auch eine entsprechende Resolution vorlegten.

Lindau i. B. In der am 26. November tagenden Mitglieder-versammlung erkrankte Kollege Dietrich Bericht über den Stand der Verhandlungen des Kollektivabkommens für die Provinz. Er führte aus, daß die Verhandlungen infolge Verhessensperre unterbrochen wurden, so daß der Abschluß des Abkommens erst jetzt erfolgte.

Graveure und Ziseleure.

Am 24. und 25. November d. J. fanden die Reichstärker-Verhandlungen unserer Vertreter mit der Leitung des Deutschen Graveur- und Ziseleurbundes in Berlin statt. Die eingehenden Veralungen haben ein Reichstärkerverhältnis geschaffen, das imstande ist, die Lage der Gehilfen, besonders in den feingewerblichen Betrieben zu heben.

Schmiede.

Altenstadt i. Schw. Auf die Mitteilung in Nr. 46 betreffs der Reichsschmiedekonferenz möchte ich auch die Schmiede der Stanzmesserbranche aufmerksam machen. Es wäre wohl für alle in dieser Branche beschäftigten Schmiede von Vorteil, wenn sie auf der Reichskonferenz vertreten wären.

Rundschau

Werftarbeiterbewegung.

Die seit Juni sich hinziehende Lohnbewegung der Werftarbeiter wurde von der Konferenz in Hamburg als abgeschlossen erklärt. Die Zentralbewegung konnte trotz verschiedener Schiedssprüche keine Einigung bringen.

„Die Sozialisierung marschiert.“ - „Der Sozialismus ist da.“ Anfang dieses Jahres wurden in Berlin und anderen Großstädten der Republik große Plakate an die Häuser geklebt, die mit riesigen Lettern den kaudenenden Welt verkündeten: „Die Sozialisierung marschiert.“

der Einwand entgegen stellt, daß doch nur sozialisiert werden könne, was sozialisiert werden kann. Das es sich hier um einen sozialen Einwand handelt, beweisen die Vorgänge im Bergbau. Niemand kann die Sozialisierung des Bergbaues bestreiten. Die Sozialisierung konnte hier schon längst durchgeführt sein. Die gegenwärtige Koalitionsregierung denkt gar nicht daran. Das beweisen die Vorgänge, die sich kürzlich in Mitteldeutschland gezeigt haben. Bei Wettin liegen verschiedene Steinkohlenschächte, die einst reiche Ausbeute lieferten, vor längerer Zeit aber stillgelegt wurden. Die Stadt Wettin hat bei der preussischen Staatsregierung beantragt, die Schächte wieder in Betrieb zu nehmen. Die Regierung hat den Antrag abgelehnt mit der höchst eigenartigen Begründung, daß ihr die Mittel dazu fehlen. Sie erklärt sich aber bereit, die — staatlichen! — Schächte geeigneten Privatunternehmungen zu überlassen und dabei im Interesse der baldigen Wiederaufnahme der Förderung jedes Entgegenkommen zu zeigen. Auch die Stadt Halle beantragte, die bei dem benachbarten Böbejn stillgelegten Steinkohlengruben wieder in Betrieb nehmen zu dürfen. Sie hat bis heute von der Regierung noch keine Antwort bekommen.

Eine frühere Regierung hat die Bergwerke erworben und selbst ausgebeutet. Jetzt haben wir eine „sozialistische“ Regierung und die überläßt die einseitigen Grubenbesitz des Staates wieder den privaten Grubenbesitzern und sichert ihnen noch „jedes Entgegenkommen“ zu. Jetzt kostet freilich „Ruhe und Ordnung“ so viel Geld, daß nichts übrig bleibt für überflüssige Ausgaben wie die Förderung der Kohlenproduktion.

Der gelbe Bureaumaschinenmechaniker-Verband und wir.

Schon oftmals war es notwendig, daß wir uns mit diesem Unternehmerrzögling befaßten. Diese Notwendigkeit ist auch heute wieder vorhanden anlässlich der erneuten Lohnbewegung der Gelben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die in dieser Lohnbewegung geforderten Sätze, die für die Edelsten und Besten des Berufs der Schreib- und Bureaumaschinenmechaniker ein Einkommen bringen sollen von 13455 M pro Jahr, mögen für den gewerkschaftlich Ungeübten etwas Bestechendes haben und vielleicht manchen in das Garn der Gelben locken. Denn etwas anderes als ein Lockmittel sind diese Forderungen nicht. Nachmittels zur Durchführung solcher Forderungen besitzt der Bureaumaschinenmechaniker-Verband nicht und wenn er sie befehle, würde er sie nicht anwenden können, weil seine leitenden Geister Arbeitgeber sind. Hieraus ergibt sich die ganze Sacherlichkeit der anerkennlichen Forderungen. Wollten die Arbeitgeber bewilligen, bräuh sie sich nicht erst selbst die Forderungen zu stellen. Eine derartig verätherliche Lohnpolitik können Unausgeübte mitmachen, aber unsere Aufklärung wird den Gelben die Gefolgschaft schon nehmen. Nun den Beweis dafür, daß die führenden Geister Arbeitgeber sind. Die Herren Schriftleiter inserieren in dem von ihnen geleiteten Verbandsorgan als Alleinvertreter ein Gasgebläse, das nach Meinung dieser Herren in keiner Werkstatt fehlen darf. Der zweite Vorliegende ist Inhaber einer Reparaturwerkstatt in Weisenfels a. S. Damit die Sache nicht so auffällig erscheint, behaupten die Gelben, das Unternehmen des Herrn Kühlemann sei eine musterzügliche Lehrwerkstatt des Verbandes. Hört man aber die Annoncen dieser Herren, dann kommt man auf andere Gedanken.

„Gegen mäßige Berechnung“ wird alles repariert, allerdings: „Nur für Wiederverkäufer!“ Sollte es sich bei diesem Ausbildungsinstitut nicht doch vielleicht um ein — Ausbeutungsinstitut der Lehrkräfte handeln? Wenn die Gelben dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vorwerfen, er sei nicht in der Lage, Lehrwerkstätten zu schaffen, so muß gesagt werden: Wir schaffen erst dann etwas, wenn uns die Grundlagen die Gewähr bieten, daß etwas Gutes daraus wird. Auch an dem Bildungsbestreben unseres Verbandes haben die Gelben viel auszuweisen. Wie sehen denn nun ihre eigenen Bildungsbestrebungen aus? Auch darüber gibt der „Büro-Mechaniker“, das gelbe Verbandsorgan, Aufschluß. Regel- und Langarbeiten in kurzfristiger Wiederkehr dienen der — Bildung. Bildung allerdings muß man in diesem Falle mit Ständeshänkel übersetzen. Das wir wollen, ist durch gesunde, kassenbewußte Lohnpolitik unsere Lebenslage zu verbessern. Dieses Ziel zu erreichen ist nur dann möglich, wenn alle Schreib- und Bureaumaschinenmechaniker den gelben Unternehmerföhlungen den Rücken kehren und einmütig dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. **W. H. Petersen.**

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Am 8. Dezember beginnt in Amsterdam der 8. internationale Holzarbeiterkongress. Die aufgestellte Tagesordnung läßt keine Hoffnungen für eine zeitgemäße Entwicklung der Holzarbeiterverbände aufkommen. Ein gutes Zeichen liegt darin, daß die Holzarbeiterorganisationen der uns ehemals feindlich gesinnten Länder Belgien, Frankreich und England ihre Vertretungen zugesagt haben.

Bauarbeiter. Zur Nachahmung empfohlen. Vor etwa einem Jahre beschloß in Troisdorf eine Bauarbeiterversammlung, den Uebertritt der unter gewerkschaftlicher Leitung stehenden Lebensmittelpartei der Bauarbeiter in der Pulverfabrik den Kriegskländen zu überweisen. An der Verteilung waren Arbeiter aller Organisationsrichtungen beteiligt, wenn auch die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes die Mehrheit bildeten. Dieser Uebertritt ist an den Landeshauptmann der Rheinprovinz für die „Zentralstelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz“ abgetreten worden. Am 7. November erhielt der Kollege Kolas nachfolgendes Schreiben:

Für den durch die Kreisparlamente Sieburg überhandten Uebertritt der Lebensmittelverteilungsstelle der Bauarbeiter auf der Pulverfabrik Troisdorf zugunsten der Kriegskländen in Höhe von 20427,42 M spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus. Der Betrag wird zweckentsprechend verwendet werden. **S. A.: Dr. Spilrowski.**

Zur Schlichtungsfrage.

Im nachfolgenden bringen wir eine Zuschrift, die nicht ganz unsern Beifall findet, aber doch als notwendig mit zur Anregung und Diskussion gestellt werden kann. Der Schlichtungsstellen wir aber anheim, sich im Verband zu organisieren und an der Seite der Metallarbeiter mit für ihre Interessen einzutreten. Eine Unterabteilung ihrer geschätzten Wünsche wird ihnen jederzeit gesichert sein.

Metallarbeiter! Fortwährend seid ihr bestraft, eure Lage zu verbessern. Denn es gilt Lohnverbesserungen zu erzielen oder sonstiges durchzusetzen, so erreicht ihr es durch geschicktes Anfeuern. Geduldet aber auch eurer anderen Pflichten. Die kommt ihr dadurch, daß wir Lehrkräfte zusammenbringt, wo in den meisten Betrieben verlässliche Arbeitszeit eingeführt ist. Das Vergütungen haben, nach dem besten Arbeitszeit, die Werkstatt auszuräumen, so daß wir schließlich, nachdem wir sie morgens 7 Uhr betreten haben, sie abends 10 Uhr verlassen können? Aber ihr duldet, daß wir eine wöchentliche Arbeitszeit von 52 Stunden haben, daß wir als Arbeiter gar nicht bekommen oder, wenn es der Fall ist, so wenig, daß wir uns keine der Dinge kaufen können? Ein Der bekommt noch gelernter Arbeit für fünf, ein Lehrling aber nicht. Wenn man sich eine Ruhe ein Duzend Schlichtungsstellen und darüber beschließt, so wird eine solche Schlichtungsstelle einen hübschen Gewinn ab. Aber warum sollen es die Herren nicht tun; kein Mensch sagt etwas, kein Mensch regt sich. Auch ihr nicht, auch euch ist alles gleichgültig. Schäm ist es nicht von euch, daß wir uns in einer Zeit sehen, so auszufragen zu lassen. Wenn wir von euch, den hübschen Verbänden, von welchen Verbänden keine Hilfe zu erwarten ist, von wem sollen wir denn Hilfe erwarten? Glaubt von diesen Herren Meistern selber? So sehen unsere Erzeugnisse in einem freien Deutschland aus. **Rein gilt es, Metallarbeiter, uns zu helfen. Zeigt, daß du auch ein hübsches Interesse für uns übrig hast, zeigt, daß du auch für uns etwas tun kannst und tun willst, damit auch an uns die gute alte Zeit und mit ihr der Kapitalismus an Kraft und Macht verliere! Ein Schlichtungsstellen für viele.**

Verbraucher, die Augen auf!

Konsumvereine werden in großer Zahl gegründet. Die Verbraucher suchen in schlimmer Wirtschaftslage Schutz bei den Konsumgenossenschaften. Aber das genaue Gegenteil des Erhofften tritt ein, wenn die Gründung von Konsumvereinen ins Blaue hinein vor sich geht. Der gute Wille allein hilft hier nicht, Erfahrung ist hier die Hauptsache. Keine dieser Neugründungen wird von den immer sehr schmerzhaften Kinderkrankheiten verschont bleiben, wenn genossenschaftliche Erfahrung nicht die ersten Schritte leitet. Lieber keine Neugründung als eine solche, die wild und planlos ins Wirtschaftslieben hineingeworfen, von vornherein zur Unfruchtbarkeit und zu qualvollem Sichtsinn verurteilt ist.

Darum, Verbraucher in Stadt und Land, laßt euch bei euren Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen von der Stelle mit Rat und Tat unterstützen, die über langjährige Erfahrung verfügt. Es gibt Rat und Tat gern und schließt euch vor Schaden. Ist euch die Adresse des zuständigen Verbandssekretariats nicht bekannt, so fragt beim nächsten Konsumverein nach der Adresse.

Bei Neugründungen von Konsumvereinen werden in jedem Falle gewerkschaftlich organisierte Teilnehmer vorhanden sein. Diese Gewerkschaftsmitglieder sollten zu allererst wissen, was bei Neugründungen von Organisationen alles vermieden werden kann, wie unheilvoll Fehler, im Anfang gemacht, noch lange Jahre schädlich wirken. Fehler im Anfang verurteilen gar zu oft reinen Idealismus und heißen Willen zur Unfruchtbarkeit. Das begangene Versehen sieht an der Krankheit dahin, die es sich beim Anfang zuzug. Diese Anfangsfehler sind leicht zu vermeiden, wenn die Erfahrung zu Rate gezogen wird. Eine Anfrage an die Gewerkschaftsleitung verfaßt die Adresse des zuständigen Konsumgenossenschaftssekretariats. Mit dessen Hilfe kommt ein lebensfähiges Genossenschaftsgebilde zustande.

Vom Ausland

Schweden.

Urabstimmung über Bewegungen, Streiks und Ansperrungen. Wie wir schon in Nr. 47 berichteten, beschloß der Verbandstag des Schwedischen Metallindustriearbeiter-Verbandes, eine Urabstimmung über den § 14 der Verbandsatzungen vorzunehmen, der von den Bewegungen, den Streiks und den Ansperrungen handelt. Dem Verbandstage hatte ein Antrag vorgelegen, der die Entscheidung über die Führung von Arbeitskämpfen in die Hände der beteiligten Mitglieder legt; und dem Vorstande dabei nur beratende Stimme einräumen wollte. Dieser Antrag wurde mit 103 gegen 92 Stimmen angenommen, infolge der geringen Mehrheit jedoch beschloffen, die Sache den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Dies ist nunmehr geschehen. Die vom Verbandstag angenommene Fassung des in Frage kommenden § 14 der Verbandsatzungen bestimmte, daß bei Bewegungen die beteiligten Kollegen einen besonderen Ausschuss wählen sollen, der die Verhandlungen zu führen hat. An diesem Ausschuss kann der Vorstand durch einen Vertreter mitwirken. Dies soll in der Regel geschehen, wenn ein Vertreter der Unternehmerrorganisation teilnimmt. Bei Abwehrbewegungen sollen die betroffenen Kollegen die von dem Unternehmer geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen dem Vorstande ihrer Verbandsabteilung oder ihrem Branchenleiter mitteilen, damit dieser an den Verhandlungen mitwirken kann. Weichen diese erfolglos, so soll die Sache dem Hauptvorstand vorgelegt werden, der innerhalb 48 Stunden sein Gutachten abzugeben hat. Die Bestimmungen über die Arbeitseinstellung sollten dieselben bleiben wie in der bisherigen Fassung der Satzungen. Danach sollten mindestens zwei Drittel der beteiligten Arbeiter organisiert sein. Bei der Abstimmung über die Arbeitseinstellung ist eine Dreiviertelmehrheit der über 18 Jahre alten Mitglieder erforderlich. Droht infolge der Arbeitseinstellung eine größere Ansperrung, so hat der Vorstand ein Gutachten darüber abzugeben, ob der Kampf mit Verbandsmitteln weitergeführt werden kann und unter den von der Ansperrung bedrohten Mitgliedern eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob der Kampf fortgesetzt werden soll. Ergibt sich eine Mehrheit dafür, so ist der Kampf weiterzuführen. Dasselbe gilt ebenfalls, wenn der Kampf einen solchen Umfang annimmt, daß Extrarbeitstage ausgeschlossen und die Unternehmerrorganisation vom Schwedischen Gewerkschaftsbund in Anspruch genommen werden müssen. Die Verhandlungen mit dem Unternehmerverband über den allgemeinen Arbeitsvertrag (riksavtal) sind von zwei oder mehr Vertretern des Vorstandes und mindestens ebensoviel Vertretern der Arbeitergruppen zu führen, die an der Angelegenheit beteiligt sind. Die Arbeitervertreter sind von den beteiligten Arbeitern selbst zu wählen. Der bei den Verhandlungen erzielte Vertrag ist den Mitgliedern zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dieser vom Verbandstag angenommene Fassung des § 14 hand die bisherige Fassung gegenüber, die sich von der vom Verbandstag beschlossenen Fassung hauptsächlich in folgendem unterschiedet: Ehe Verbandsmitglieder an die Unternehmerforderungen stellen, zu deren Durchführung sie die Hilfe des Verbandes brauchen, sollen sie die Genehmigung des Vorstandes einholen. Keine Abteilung oder Gruppe hat das Recht, ohne Genehmigung des Vorstandes Streiks oder Sperrten bekanntzumachen. Die Verbandsmitglieder sind weder verpflichtet noch verpflichtet, solche Bekanntmachungen zu befolgen, wenn sie nicht vom Vorstand oder vom Gewerkschaftsbund ausgehen oder gebilligt worden sind. Verträge mit Unternehmern, die nicht vom Vorstand anerkannt werden, sind für den Verband nicht bindend. Nur in solchen Fällen, bei denen nach diesem Paragraphen vorgefahren wird, können Mitglieder Anspruch auf die Unterstützung des Verbandes erheben.

Bei der Urabstimmung hatten die Mitglieder, die für die neue Fassung waren, mit Ja zu stimmen und die Mitglieder, die für die bisherige Fassung waren, mit Nein. Von den etwa 70000 Mitgliedern beteiligten sich an der Abstimmung 246 9. Von diesen stimmten mit Ja 11062 und mit Nein 13667. Weder dafür noch dagegen stimmten 20. Damit ist die vom Verbandstag beschlossene Fassung durch die Urabstimmung abgelehnt und die vom Vorstand beschlossene alte Fassung beibehalten worden.

Frankreich.

Der Verband der Gewerkschaften der Seine (Paris und Umgebung) fordert die angeschlossenen Organisationen auf, festzustellen, inwieweit in den Fabriken Munition und sonstiges Material für die russische Gegenrevolution hergestellt wird, um der Fabrikation und Verladung solcher Materials Hindernisse in den Weg zu legen. Dies ist ein Zeichen der erwachenden Solidarität und ein Schlüssel für das kämpfende russische Proletariat.

Rumänien.

Der Pariser „Paysan“ berichtet über die Kämpfe des rumänischen Proletariats während der Kriegsjahre und über den Stand der rumänischen Arbeiterbewegung. Eingehend werden die Unterdrückungsregeln der rumänischen Regierung geschildert, die sich jetzt nach Kriegsende noch außerordentlich verschärfen. Die Zeitung „Paysan“ (Der Kampf) wurde verboten, jede separatistische und gewerkschaftliche Tätigkeit verboten, die Arbeiter verhaftet und misshandelt. Später folgte dann die Besetzung durch die Deutschen, deren Herrschaft natürlich nicht besser war als die frühere. Viele Hunderte rumänischer Genossen mußten bis zur Revolution im November 1918 lange Jahre ihre politischen „Schmerzen“ an rumänischen oder deutschen Gefängnissen büßen. Nach dem Abzug der Deutschen und dem Wiederbeginn der Rumänien wurde es noch viel schlimmer. Die Leiden der Kriegsjahre und das Beispiel der so hohen russischen Revolution hatten der sozialistischen Bewegung in Rumänien eine tief bis dahin gänzlich unbekannt gewaltige revolutionäre Kraft gegeben. Im November gab es auch in Rumänien eine ganze Anzahl politischer Streiks. Die Organisationen wurden geradezu überschattet von den Arbeitermassen, die sich in ihre Rechte drängten. Im Dezember 1918 setzte dann eine jähwärtige Reaktion ein. Vielen Genossen wurde der Prozess gemacht und eine große Anzahl zum

Tode oder zu langen Zuchthausstrafen wegen politischer Delikte verurteilt. Trotz dieses weißen Terrors wächst die sozialistische Bewegung in Rumänien ununterbrochen. Während die Zahl der eingetragenen Genossen vor dem Kriege 5000 bis 6000 betrug, ist jetzt die Zahl auf über 30000 angewachsen. Die Zahl der in den Gewerkschaften Organisierten stieg von etwa 8000 auf 70000. Nichtsdestoweniger herrscht immer noch eine starke Reaktion in Rumänien und unsere dortigen Genossen haben schwer zu kämpfen. Besonders bemerkenswert ist es, daß ein im Mai abgehaltener sozialistischer Kongress einstimmig sich für das Grundprinzip der Diktatur des Proletariats ausgesprochen hat.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)
Lebebour vor den Gewissens. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ober-Schlesien am 11. bis 20. Januar. Die Rede des Genossen Lebebour vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919 in wörtlicher Wiedergabe nach dem stenographischen Bericht. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. 48 Seiten. Preis 75 P.
Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. Verfassungs- und Verwaltungsfragen. Finanzwesen. Armen- und Waisenpflege. Arbeitslosenfürsorge. Schul- und Bildungswesen. Von Paul Ulrich. Zweite neubearbeitete Auflage. 1919, Verlag für Sozialwissenschaft e. G. m. b. H. Berlin SW. 68. 96 Seiten. Preis gebest 3 M., gebunden 4,50 M.
Grundzüge der preussischen Verwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. Ein Wegweiser für die Mitglieder der Selbstverwaltungs-körperchaften. Von Gerichtsrat Dr. Georg Flaw, Referent im Reichswirtschaftsministerium. Verlag Gesellschaft und Erziehung e. G. m. b. H., Berlin 1919, 35 Seiten. Preis 1,20 M.

Zur Beachtung!

Wir bitten die Kollegen dringend, bei Zusendungen an den Hauptvorstand und die Metallarbeiter-Zeitung folgendes zu beachten: Mitteilungen wegen Fernhaltung des Junges und Änderungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 a; Bericht und sonstige Beiträge, die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen, ferner Bekanntmachungen der Ortsvereinigungen in Verbandsangelegenheiten, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rüststraße 16 b, und mit... als nach Berlin, Eshaffer Straße 88—89; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Verbandsstelle in Stuttgart, Rüststraße 16 b, oder in Berlin N., Eshaffer Straße 88—89, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Verbandsstellen zugeteilt worden ist; Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rüststraße 16 b. Sendungen an die Schriftleitung dürfen niemals persönlich an einen der Schriftleiter gerichtet sein. Unliebame Ver-zögerungen in der Veröffentlichung eingekannter Angelegenheiten sind auf diese Unstille zurückzuführen. Mitteilungen an die Schriftleitung oder an die Verbandsstellen sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Verbandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzuschicken. Die genaue Bestimmung dieser Maßregeln liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der Absender. Besolgen diese die Maßregeln nicht, so haben sie es nur sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Sendung nicht in der von ihnen gewünschten Weise erledigt wird.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)
Sonntag, 14. Dezember:
Neugersdorf i. Sa. (Elektronmonteur), Restaurant Rühlbaum, 10 Uhr.
Dienstag, 16. Dezember:
Erfurt (Saalkampfer), Forelle, 7 Uhr.
Samstag, 20. Dezember:
Schrepp, Alter Schützenhof, 8 Uhr.
Sonntag, 21. Dezember:
Sagen (Elektronmonteur, Mechaniker und Helfer), Verghaus, Hoch- und Goldbergstraßen-Gele, 10 Uhr.
Ritzingen a. M., Löwen, halb 10 Uhr.
Ritttal O.-E., Sarnes, 10—12 Uhr.
Sonntag, 28. Dezember:
Magdeburg (Feizungsmonteur), Kuppel, Tischlerstraße, 28.
Angestellte gesucht.
Wien (Wettl.). Zum Geschäftsführer wurde Kollege H. Bröcker gewählt. Allen Bewerbern besten Dank für ihre Bewerbungen.
München. 1. Geschäftsführer, mit den besten Kenntnissen vertraut, befähigt, organisatorisch und agitatorisch alle Verbands-geschäfte zu führen, gesucht. 10jähr. Verbandszugehörigkeit Voraussetzung. Ferner zwei Hilfsarbeiter, Schreibensarbeit, für Büroarbeiten. Einigung für Agitation erwünscht. 5jähr. Verbandszugehörigkeit. Eintritt 1. Januar 1920. Gehalt nach den Beschläffen der 14. Generalversammlung. Bewerbungen mit genauer Angabe über bisherige Tätig-keit in d. Arbeiterbewegung Lebens-lauf bis spätestens 14. Dezember mit Aufschrift „Bewerbung“ an Max Reichel, Postfach 42, 1.
Erstorbene.
Mechingen. Verthold Rühlhöfer, Werk-zeugmacher, 23 Jahre, Lungenerleiden.
Wittensberg. Paul Krüger, Klemp-ner, 19 Jahre.
 — Auguste Wasserleben, Arbeiterin, 50 Jahre.
 — Hermann Gentschel, Rohrlieger, 42 Jahre.

Sonstige Anzeigen

(Anzeigen betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)
1 tüchtigen Feilenhauer für dauernde Beschäftigung sofort
 sucht E. Hoffmann, Feilenhauerer, gesucht von
 Torgau a. E., Markt 12. **Waggonfabrik Pusk, Danzig.**

Erfahrene Werkzeugfräser sowie ältere Werkzeugmacher (für Schnitt und Stanzen) sucht der Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmalstraße 11, Zimmer 44. (279)

Für dauernde Beschäftigung als **Borarbeiter** gesucht tüchtiger **Feilen-Feiler** sowie tüchtiger **Feilen-Schmied**, der in der Lage ist, jede vorkommende Feilenorte sowohl von Hand, wie mittels Hammer zu schneiden und die Geiente herzustellen. Angebote sind unter **Nr. 2. 7791** an den Verlag d. Bl. zu richten.

Ein **Feilenhauer** zum Nachhaken, jüngerer oder älterer, Stundenlohn 25 P., sowie 2 **Maschinenhauer** sofort gesucht. **Drumradtger Feilen- u. Werkzeugfabrik, Carl Rastig, Brandenburg a. H.** (278)

Kunstformer und Bisleure für feinsten Broncegeschuß. **Dörfel-Dörfel Broncegeschußfabrik, e. G. m. b. H., Dörfel-Dörfel-Str. 10, Düsseldorf, Postfach 10.** (276)

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 b.

Bohn abhalten (sich) gesammelt und das zusammengebrachte Kapital...

So, nun kann es losgehen, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter selbst...

Zur Schmiedekonferenz

Endlich nach 7 Jahren wird die in den Uebertrittsbedingungen des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiter-Verband vorzulegende Konferenz zur Tatsache...

Zur Vorfrage und der damit im Zusammenhang stehenden Frage der Verteilung des Verdienstes zwischen Feuer- und Jungschmied...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt...

Die Konstituierung des Vorstandes

hat sich durch die zunächst vorzunehmende Wahl der Beisitzer leider etwas verzögert...

Der Vorstand besteht entsprechend § 25 Abs. 1 des Verbandsstatuts aus drei Vorsitzenden...

Die Vorsitzenden:

- Alwin Brandes, Schlosser, Robert Dikmann, Dreher, Georg Reichel, Klempner.

Die Kassierer:

- Theodor Werner, Feilenhauer, Ernst Schäfer, Dreher.

Die Sekretäre:

- Heinrich Schlieffedt, Schlosser, Friedrich Sidert, Dreher, Otto Toft, Dreher, Hermann Jernicke, Formschneider.

Die Beisitzer:

- Emil Funk, Mechaniker, Aug. Holzhauser, Dreher, Richard Dugger, Schlosser, Max Knorrweid, Formschneider, Georg Kurz, Mechaniker, Max Müller, Maschinenarbeiter, Karl Schönafsky, Werkzeugmacher, Job. Schwenzle, Schlosser, Math. Steiner, Feilenhauer, Herm. Waldenmeyer, Graveur.

Gemäß § 25 Abs. 1 des Verbandsstatuts gilt diese Bekanntmachung als Legitimation des Vorstandes.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Verbandsstelle, Beginn der Beitragszahlung. Lists various administrative bodies and their respective contribution amounts.

Die Plichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Kantawerk: Der Elektromonteur Herbert Menzel...

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert...

Auf Antrag des Vorstandes: Der Schlosser Josef von Esh, geb. am 18. Juni 1882 zu Niederlahnstein...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Elftit: Der Schlosser Otto Herrmann, geb. am 29. Oktober 1878 zu Ratibor...

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 1.81028, lautend auf den Metallarbeiter Emil Scheel...

Quittung

über die vom 1. bis 30. November 1919 bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgebühren.

- List of cities and their respective contribution amounts: Von Achern 600 M., Alfeld 8000, Altena 10000, Altditting 400, Amberg 2500...

Stuttgart 67500, Eserow 1200, Thorn 400, Tilsit 2000, Torgau 800, Zorgeow 4000...

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten...

Zur Beachtung! - Zutug ist fernzubalten:

- von Sanbagisten und Orthopädiemechnikern nach Düsseldorf (Ja. Arthur Wolf) M.; nach Kassel L.; von Dreher nach Soest (Ja. Ruthemeyer) D.; von Formern und Gießerhilfsarbeitern nach Soest (Ja. Ruthemeyer) D.; von Gelbmetallarbeitern nach Cannstatt (Ja. Pfeiffer) D.; von Gravuren (Relief-) nach Rheudt (Ja. Herm. Schödt u. G.) D.; von Instrumentenmachern nach Kassel L.; von Kesselschmiedern nach Soest (Ja. Ruthemeyer) D.; von Klempnern und Installateuren nach Vöhrach a. M. L.; nach Greiffswald i. Pommern (Ja. Alfred Kubn) M.; von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik G. Büßing) St.; nach Bremen L.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gelsenkirchen (Ja. Gelsenkirchener Maschinenfabrik) D.; nach Gumbinnen v. St.; nach Hörde i. W. u. Umg. L.; nach Lindau D.; nach Weimar M.; von Metallarbeitern und Schleifern nach Arnstadt i. Thüringen (Ja. H. Engelhardt) L.; von Schmitz- und Stanzbauern, Schlossern, Dreher und Zahngravuren nach Jwockau (Ja. Rob. Köstlich) L.; von Werkzeugschneidern nach Wallendar (Ja. Joh. Kruck) L.; von Zinnzirkeln nach Regensburg (Ja. Eugen Wiedemann) M. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Berichte

Vom Verbandstage

Öbbln. In einer von 500 Mitgliedern besuchten Versammlung gab der Kollege Kummer den Bericht von unserer Generalversammlung in Stuttgart...

Am Montag den 17. November 1919 tagte in der Milben-terrasse eine Mitgliederversammlung, in der der Bericht von der Generalversammlung in Stuttgart gegeben wurde...

der Einwand entgegengesetzt, daß doch nur sozialisiert werden kann, was sozialisierbar ist. Das ist sich hier um einen sozialen Einwand handelt, bereiten die Vorgänge im Bergbau. Niemand kann die Sozialisierungsfrage des Bergbaues bestreiten. Die Sozialisierung könnte hier schon längst durchgeführt sein. Die gegenwärtige Koalitionsregierung denkt gar nicht daran. Das beweisen die Vorgänge, die sich kürzlich in Mitteldeutschland gezeigt haben. Bei Wettin liegen verschiedene Steinkohlenschächte, die einst reiche Ausbeute lieferten, vor längerer Zeit aber stillgelegt wurden. Die Stadt Wettin hat bei der preussischen Staatsregierung beantragt, die Schächte wieder in Betrieb zu nehmen. Die Regierung hat den Antrag abgelehnt mit der höchst eigenartigen Begründung, daß ihr die Mittel dazu fehlen. Sie erklärt sich aber bereit, die — staatlichen! — Schächte geeigneten Privatunternehmungen zu überlassen und dabei im Interesse der baldigen Wiederaufnahme der Förderung jedes Entgegenkommen zu zeigen. Auch die Stadt Halle beantragte, die bei dem benachbarten Lößeburg stillgelegten Steinkohlengruben wieder in Betrieb nehmen zu dürfen. Sie hat bis heute von der Regierung noch keine Antwort bekommen.

Eine frühere Regierung hat die Bergwerke erworben und selbst ausgebeutet. Jetzt haben wir eine „sozialistische“ Regierung und die überläßt den einstigen Grubenbesitz des Staates wieder den privaten Grubenbesitzern und sichert ihnen noch „jedes Entgegenkommen“ zu. Jetzt kostet freilich „Ruhe und Ordnung“ so viel Geld, daß nichts übrig bleibt für überflüssige Ausgaben wie die Hebung der Kohlenproduktion.

Der gelbe Bureaumaschinenmechaniker-Verband und wir.

Schon oftmals war es notwendig, daß wir uns mit diesem Unternehmerröngling befaßten. Diese Notwendigkeit ist auch heute wieder vorhanden anlässlich der erneuten Lohnbewegung der Gelben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die in dieser Lohnbewegung geforderten Sätze, die für die Edelsten und Besten des Berufes der Schreib- und Bureaumaschinenmechaniker ein Einkommen bringen sollen von 13455 M pro Jahr, mögen für den gewerkschaftlich Ungeschulten und Vorkriegesbesitzer haben und vielleicht manchen in das Garn der Gelben locken. Denn etwas anderes als ein Lockmittel sind diese Forderungen nicht. Nachmittels zur Durchführung solcher Forderungen besitzt der Bureaumaschinenmechaniker-Verband nicht und wenn er sie bestände, würde er sie nicht anwenden können, weil seine leitenden Geister Arbeitgeber sind. Hieraus ergibt sich die ganze Väterlichkeit der angeführten Forderungen. Wollten die Arbeitgeber bewilligen, brach sie sich nicht erst selbst die Forderungen zu stellen. Eine derartig verräterische Lohnpolitik können Unausgebildete mitmachen, aber unsere Aufklärung wird den Gelben die Gefolgschaft schon nehmen. Nun den Beweis dafür, daß die führenden Geister Arbeitgeber sind. Die Herren Schriftleiter inserieren in dem von ihnen geleiteten Verbandorgan als Alleinverreter ein Gasgebläse, das nach Meinung dieser Herren in keiner Werkstatt fehlen darf. Der zweite Vorliegende ist Inhaber einer Reparaturwerkstatt in Weisenfels a. S. Damit die Sache nicht so auffällig erscheint, behaupten die Gelben, das Unternehmen des Herrn Mühlmann sei eine mustergültige Lehrwerkstätte des Verbandes. Lieft man aber die Annoncen dieser Herren, dann kommt man auf andere Gedanken.

„Gegen mäßige Berechnung“ wird alles repariert, allerdings: „Nur für Wiedererwärmer!“ Sollte es sich bei diesem Ausbildungsinstitut nicht doch vielleicht um ein — Ausbuchtungsinstitut der Lehrkräfte handeln? Wenn die Gelben dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vorwerfen, er sei nicht in der Lage, Lehrwerkstätten zu schaffen, so muß gesagt werden: Wir schaffen erst dann etwas, wenn uns die Grundlagen die Gewähr bieten, daß etwas Gutes daraus wird. Auch an dem Bildungsbestreben unseres Verbandes haben die Gelben viel auszusetzen. Wie sehen denn nun ihre eigenen Bildungsbestrebungen aus? Auch darüber gibt der „Büro-Mechaniker“, das gelbe Verbandorgan, Aufschluß. Regel- und Langzehen in kurzfristiger Wiederkehr dienen der — Bildung. Bildung allerdings muß man in diesem Falle mit Ständehäufel übersetzen. Was wir wollen, ist, durch gesunde, Klassenbewußte Lohnpolitik unsere Lebenslage zu verbessern. Dieses Ziel zu erreichen ist nur dann möglich, wenn alle Schreib- und Bureaumaschinenmechaniker den gelben Unternehmerbildlingen den Rücken kehren und einmütig dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. **Wilk. Petersen.**

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Am 8. Dezember beginnt in Amsterdam der 8. internationale Holzarbeiterkongress. Die aufgestellte Tagesordnung läßt keine Hoffnungen für eine zeitgemäße Entwicklung der Holzarbeiterverbände aufkommen. Ein gutes Zeichen liegt darin, daß die Holzarbeiterorganisationen der uns ehemals feindlich gesonnenen Länder Belgien, Frankreich und England ihre Vertretungen zugesagt haben.

Bauarbeiter. Zur Nachahmung empfohlen. Vor etwa einem Jahre beschloß in Troisdorf eine Bauarbeiterversammlung, den Uebertritt der unter gewerkschaftlicher Leitung stehenden Lebensmittelerzeugung der Baubetriebe in der Pulverfabrik den Kriegskländen zu überweisen. An der Verteilung waren Arbeiter aller Organisationsrichtungen beteiligt, wenn auch die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes die Mehrheit bildeten. Dieser Uebertritt ist an den Landeshauptmann der Rheinprovinz für die „Zentralstelle der Kriegsbefähigungsinstitutionen in der Rheinprovinz“ abgelehrt worden. Am 7. November erhielt der Kollege Kolaß nachfolgendes Schreiben:

Für den durch die Kreispartei Siegburg übermittelten Uebertritt der Lebensmittelerzeugung der Baubetriebe auf der Pulverfabrik Troisdorf zugunsten der Kriegskländen in Höhe von 20 447,42 M spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus. Der Betrag wird zweckentsprechend verwendet werden. **S. A. Dr. Szajkowski.**

Zur Lehrlingsfrage.

Zu nachfolgenden bringen wir eine Zeitschrift, die nicht ganz unsern Beifall findet, aber doch als berechtigt mit zur Anregung und Diskussion gestellt werden kann. Den Lehrlingen stellen wir aber anheim, sich im Verband zu organisieren und an der Seite der Metallarbeiter mit für ihre Interessen einzusetzen. Eine Unterbrechung ihrer gerechten Ansprüche wird ihnen jederzeit gescheit sein. Metallarbeiter! Fortwährend seid ihr bestrebt, eure Lage zu verbessern. Wenn es gilt, Lohnverhandlungen zu erzielen oder sonstiges durchzusetzen, so erreicht ihr es durch geschlossenes Auftreten. Gedankt aber auch eure anderen Pflichten. Wie kommt ihr dalben, daß wir Lehrlinge vom Besuche des Besuchs, wo in den meisten Betrieben verfügbare Arbeitszeit einnimmt, ist, des Vergnügens haben, nach beendeter Arbeitszeit die Werkstatt einzunehmen, so daß wir glücklicherweise nachher wir sie morgens 7 Uhr betreten haben, sie abends 10 Uhr verlassen können? Sämt ihr dalben, daß wir eine möglicherweise Arbeitszeit von 12 Stunden haben, daß wir als Arbeiter Lohn gar nicht bekommen oder, wenn es der Fall ist, so wenig, daß wir uns kaum die Suppe davon leisten können? Wie ihr bekommt nach getaner Arbeit kein Geld, ein Gehalt aber nicht? Wenn man sich eine Stunde ein Tagelohn verdient und darüber beschäftigt, so wirt eine solche Arbeiterin eines halben Gewinns ab. Aber warum sollen es die Lehrlinge nicht tun; kein Mensch sagt etwas, kein Mensch sagt sich, daß ihr nicht auch euch in alles gleichgültig. Schon ist es nicht von euch, daß wir uns in einer Zeit haben, so anstrengen zu lassen. Wenn wir uns auch den höchsten Verdienst, von unserem Verbands keine Hilfe parteil sind, was wenn sollen wir dann Hilfe erwarten? Sina von diesen Herren Lehrlingen selber? So sehen wir die Gewerkschaften in unsern lieben Deutschland aus. Aus gilt es, Metallarbeiter, was zu helfen. Zeige, daß du auch ein hohes Interesse für uns übrig hast, zeige, daß du auch für uns etwas tun kannst und wir nicht, damit auch an uns die gute alte Zeit und mit ihr der Kapitalismus an Kraft und Macht verliere! Ein Schlofferlehrling für viele.

Verbraucher, die Augen auf!

Konsumvereine werden in großer Zahl gegründet. Die Verbraucher suchen in schlimmer Wirtschaftslage bei den Konsumgenossenschaften. Aber das genaue Gegenteil des Erhofften tritt ein, wenn die Gründung von Konsumvereinen ins Blaue hinein vor sich geht. Der gute Wille allein hilft hier nicht, Erfahrung ist hier die Hauptsache. Keine dieser Neugründungen wird von den immer sehr schwerhastigen Kinderkrankheiten verschont bleiben, wenn genossenschaftliche Erfahrung nicht die ersten Schritte leitet. Lieber keine Verbraucherorganisation als eine solche, die wild und planlos ins Wirtschaftstreiben hineingestellt, von vornherein zur Unfruchtbarkeit und zu qualvollem Siedtum verurteilt ist.

Darum, Verbraucher in Stadt und Land, laßt euch bei euren Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen von der Stelle mit Rat und Tat unterstützen, die über langjährige Erfahrung verfügt. Sie gibt Rat und Tat gern und schüßt euch vor Schaden. Zu euch die Adresse des zuständigen Verbandssekretariats nicht belannt, so fragt beim nächsten Konsumverein nach der Adresse.

Bei Neugründungen von Konsumvereinen werden in jedem Falle gewerkschaftlich organisierte Teilnehmer vorhanden sein. Diese Gewerkschaftsmitglieder sollten zu allererst wissen, was bei Neugründungen von Organisationen alles vermieden werden kann, wie unheilvoll Fehler im Anfang gemacht, noch lange Jahre schädlich wirken. Fehler im Anfang verurteilen gar zu oft reimen Idealismus und besten Willen zur Unfruchtbarkeit. Das beglückende Wort fliehet an der Krankheit dahin, die es sich beim Anfang zugeht. Diese Anfangsfehler sind leicht zu vermeiden, wenn die Erfahrung zu Rate gezogen wird. Eine Anfrage an die Gewerkschaftsleitung verhilft die Adresse des zuständigen Konsumgenossenschaftssekretariats. Mit dessen Hilfe kommt ein lebensfähiges Genossenschaftsgebilde zustande.

Vom Ausland

Schweden.

Urabstimmung über Bewegungen, Streiks und Aussperrungen. Wie wir schon in Nr. 47 berichteten, beschloß der Verbandstag des Schwedischen Metallindustriearbeiter-Verbandes, eine Urabstimmung über den § 14 der Verbandsatzungen vorzunehmen, der von den Bewegungen, den Streiks und den Aussperrungen handelt. Dem Verbandstage hatte ein Antrag vorgelegen, der die Entscheidung über die Führung von Arbeitskämpfen in die Hände der beteiligten Mitglieder legt und dem Vorstande dabei nur beratende Stimme einzuräumen wollte. Dieser Antrag wurde mit 103 gegen 92 Stimmen angenommen, infolge der geringen Mehrheit jedoch beschloß, die Sache den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Dies ist nunmehr geschehen. Die vom Verbandstag angenommene Fassung des in Frage kommenden § 14 der Verbandsatzungen bestimmte, daß bei Bewegungen die beteiligten Kollegen einen besonderen Ausschuss wählen sollen, der die Verhandlungen zu führen hat. An diesem kann der Vorstand durch einen Vertreter mitwirken. Dies soll in der Regel geschehen, wenn ein Vertreter der Unternehmerrorganisation teilnimmt. Bei Abwehrbewegungen sollen die betroffenen Kollegen die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen dem Vorstande ihrer Verbandsabteilung oder ihrem Branchenleiter mitteilen, damit dieser an den Verhandlungen mitwirken kann. Wenn diese erfolglos, so soll die Sache dem Hauptvorstand vorgelegt werden, der innerhalb 48 Stunden sein Gutachten abzugeben hat. Die Bestimmungen über die Arbeitseinstellung sollten dieselben bleiben wie in der bisherigen Fassung der Satzungen. Danach sollten mindestens zwei Drittel der beteiligten Arbeiter organisiert sein. Bei der Urabstimmung über die Arbeitseinstellung ist eine Dreiviertelmehrheit der über 18 Jahre alten Mitglieder erforderlich. Droht infolge der Arbeitseinstellung eine größere Aussperrung, so hat der Vorstand ein Gutachten darüber abzugeben, ob der Kampf mit Verbandsmitteln weitergeführt werden kann und unter den von der Aussperrung bedrohten Mitgliedern eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob der Kampf fortgesetzt werden soll. Ergibt sich eine Mehrheit dafür, so ist der Kampf weiterzuführen. Dasselbe gilt ebenfalls, wenn der Kampf einen solchen Umfang annimmt, daß Extrabeiträge ausgeschrieben und die Unternehmungen vom Ständinamischen Gewerkschaftsbund in Anspruch genommen werden müssen. Die Verhandlungen mit dem Unternehmerverband über den allgemeinen Arbeitsvertrag (riksavtal) sind von zwei oder mehr Vertretern des Vorstandes und mindestens ebenfalls drei Vertretern der Arbeitergruppen zu führen, die an der Angelegenheit beteiligt sind. Die Arbeitervertreter sind von den beteiligten Arbeitern selbst zu wählen. Der bei den Verhandlungen erzielte Vertrag ist den Mitgliedern zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Dieser vom Verbandstag angenommene Fassung des § 14 stand die bisherige Fassung gegenüber, die sich von der vom Verbandstag beschlossenen Fassung hauptsächlich in folgendem unterscheidet: Ehe Verbandsmitglieder an die Unternehmer Forderungen stellen, zu deren Durchführung sie die Hilfe des Verbandes brauchen, sollen sie die Genehmigung des Vorstandes einholen. Keine Abtaltung oder Sachgruppe hat das Recht, ohne Genehmigung des Vorstandes Streiks oder Sperrten bekanntzugeben. Die Verbandsmitglieder sind weder berechtigt noch verpflichtet, solche Bekanntmachungen zu befolgen, wenn sie nicht vom Vorstand oder vom Gewerkschaftsbund ausgehen oder gebilligt worden sind. Verträge mit Unternehmern, die nicht vom Vorstand anerkannt werden, sind für den Verband nicht bindend. Nur in solchen Streitfällen, bei denen nach diesem Paragraphen vorgefahren wird, können Mitglieder Anspruch auf die Unterstützung des Verbandes erheben.

Bei der Urabstimmung hatten die Mitglieder, die für die neue Fassung waren, mit 70 zu stimmen und die Mitglieder, die für die bisherige Fassung waren, mit Klein. Von den etwa 70000 Mitgliedern beteiligten sich an der Urabstimmung 246 9. Von diesen stimmten mit Ja 11062 und mit Nein 1357. Weder dafür noch dagegen stimmten 20. Damit ist die vom Verbandstag beschlossene Fassung durch die Urabstimmung abgelehnt und die vom Vorstand beschlossene alte Fassung beibehalten worden.

Frankreich.

Der Verband der Gewerkschaften der Seine (Paris und Umgebung) fordert die angeschlossenen Organisationen auf, festzustellen, inwieweit in den Fabriken Munition und sonstiges Material für die russische Gegenrevolution hergestellt wird, um der Fabrikation und Verladung solchen Materials Hindernisse in den Weg zu legen. Dies ist ein Zeichen der erwachenden Solidarität und ein Vorbild für das kämpfende russische Proletariat.

Rumänien.

Der Pariser „Populaire“ berichtet über die Kämpfe des rumänischen Proletariats während der Kriegsjahre und über den Stand der rumänischen Arbeiterbewegung. Eingeleitet werden die Unterbrechungsberichte der rumänischen Regierung geschilbert, die sich sofort nach Kriegsbeginn außerordentlich verschärften. Die Zeitung „Lupta“ (Der Kampf) wurde verboten, jede sozialistische und gewerkschaftliche Tätigkeit unterdrückt, die Fabrik verhaftet und triebhandelt. Später zeigte dann die Regierung durch die Deutschen, deren Herrschaft natürlich nicht besser war als die frühere. Viele Hunderte rumänischer Arbeiter wurden bis zur Revolution im November 1918 lange Jahre ihre politischen „Verbrechen“ auf rumänische oder deutsche Festungen büssen. Nach dem Abzug der Deutschen und dem Wiedereintritt der Rumänen wurde es noch viel schlimmer. Die Zeiten der Kräftezeit und des Scheiterns der so vielen rumänischen Revolutionen hatten der sozialistischen Bewegung in Rumänien eine ihr bis dahin gänzlich unbekannt gewaltige revolutionäre Kraft gegeben.

Im November gab es auch in Rumänien eine ganze Anzahl politischer Streiks. Die Organisationen wurden geradezu überflutet von den Arbeitermassen, die sich in ihre Reihen drängten. Im Dezember 1918 setzte dann eine furchtbare Reaktion ein. Vielen Sozialisten wurde der Prozess gemacht und eine große Anzahl zum

Tode oder zu langen Zuchthausstrafen wegen politischer Delikte verurteilt.

Trotz dieses weißen Terrors wächst die sozialistische Bewegung in Rumänien ununterbrochen. Während die Zahl der eingetragenen Genossen vor dem Kriege 6000 bis 8000 betrug, ist jetzt die Zahl auf über 30000 angewachsen. Die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten liegt von etwa 8000 auf 70000. Nichtsdestoweniger herrscht immer noch eine starke Reaktion in Rumänien und unsere dortigen Genossen haben schwer zu kämpfen.

Besonders bemerkenswert ist es, daß ein im Mai abgehaltener sozialistischer Kongress einstimmig sich für das Grundprinzip der Diktatur des Proletariats ausgesprochen hat.

Eingegangene Schriften

(Zur Besorgung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Rebebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann. 11. bis 20. Laubens. Die Rede des Genossen Rebebour vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1918 in wörtlicher Wiedergabe nach dem stenographischen Bericht. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. 48 Seiten. Preis 75 P.

Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. Verfassung- und Verwaltungsfragen. Finanzwesen. Armen- und Waisenpflege. Arbeitslosenfürsorge. Schul- und Bildungswesen. Von Paul Sirsch. Zweite neubearbeitete Auflage. 1919, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW. 68. 96 Seiten. Preis geheftet 3 M, gebunden 4,50 M.

Grundzüge der preussischen Verwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. Ein Begleiter für die Mitglieder der Selbstverwaltungs-Körperschaften. Von Gerichtsdirektor Dr. Georg Flato, Referent im Reichswirtschaftsministerium. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin 1919, 35 Seiten. Preis 1,20 M.

Zur Beachtung!

Wir bitten die Kollegen dringend, bei Zusendungen an den Hauptvorstand und die Metallarbeiter-Zeitung folgendes zu beachten: Mitteilungen wegen Fernhaltung des Bezuges und Änderungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16 a; Bericht und sonstige Beiträge, die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen, ferner Bekanntmachungen der Ortsvereine in Verbandsangelegenheiten, Verammlungsangelegenheiten und Nachrichten über Sterbefälle an die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötterstraße 16 b, und nie, als nach Berlin, Elsfasser Straße 86—88; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Versandstelle in Stuttgart, Rötterstraße 16 b, oder in Berlin a. Elsfasser Straße 86—88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Versandstellen zugestellt worden ist; Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwange Beschränkungen über solche nur an den Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötterstraße 16 b. Sendungen an die Schriftleitung dürfen niemals persönlich an einen der Schriftleiter gerichtet sein. Unliebame Vergewerungen in der Veröffentlichung eingelangter Angelegenheiten sind auf diese Weise zurückzuführen. Mitteilungen an die Schriftleitung oder an die Versandstellen sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Vorstandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzuschicken. Die genaue Besorgung dieser Ratschläge liegt im wohlverstandenen eigenen Vorteil der Absender. Besolgen diese die Ratschläge nicht, so haben sie es nur sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Sendung nicht in der von ihnen gewünschten Weise erledigt wird.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.** (In allen Versammlungen werden Mitglieder angenommen.)
 Sonntag, 14. Dezember:
 Neugersdorf i. Sa. (Elektromonteur) Restaurant Huhbaum, 10 Uhr.
 Dienstag, 16. Dezember:
 Erfurt (Baukumpen) Fohle, 7 Uhr.
 Samstag, 20. Dezember:
 Oeydenf. Alter Schützenhof, 8 Uhr.
 Sonntag, 21. Dezember:
 Hagen (Elektromonteur, Mechaniker und Helfer). Bergbau, Hoch- und Goldbergstraßen-Geb., 10 Uhr.
 Rhingens a. W. Löwen, halb 10 Uhr.
 Nikolai O.-E. Samstag, 10—12 Uhr.
 Sonntag, 28. Dezember:
 Magdeburg (Feuerungsmonteur). Koppel, Tischlerstr. 28.
- Angestellte gesucht.**
 Uhlen (Westf.). Zum Geschäftsführer wurde Kollege G. W. Röder gewählt. Allen Bewerbern besten Dank für ihre Bemühungen.
- Stirben.**
 Wehingen. Berthold Maiböser, Bergzeugmacher, 23 Jahre, Langenleiden. Wittensberg. Paul Krüger, Klempner, 19 Jahre.
 — Auguste Wasserleben, Arbeiterin, 50 Jahre.
 — Hermann Gentschel, Kohlegeger, 42 Jahre.

Sonstige Anzeigen

(Schriften betr. die Arbeitergesetze sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Lüthigen Feilenhauer (Gambhauer) auf alle Sorten Feilen für dauernde Beschäftigung sofort jährt Ed. Hoffmann, Feilenhauerei, gesucht von Torgau a. E., Markt 12. **Lüthige Forner** für dauernde Beschäftigung sofort jährt Ed. Hoffmann, Feilenhauerei, gesucht von Torgau a. E., Markt 12. **Waggonfabrik Ruck, Dautzen.**

Erfahrene Werkzeugträger sowie ältere Werkzeugmacher (für Schmitt und Gänger) sucht der Arbeitssuchende für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmalstraße 11, Zimmer 44. (792)

Für dauernde Beschäftigung als Vorarbeiter gesucht tüchtiger **Feilen-Feiler** sowie tüchtiger **Feilen-Schmied**, der in der Lage ist, jede vorzunehmende Feilenorte (sowohl von Hand, wie mittels Hammer) zu schmieden und die Feilen herzustellen. Angebote sind unter Nr. B. 2791 an den Verlag b. H. zu richten.

Ein Feilenhauer zum Nachhaken, jüngerer oder älterer, Stundenlohn 25 Pf., sowie 2 Hufeisenhauer sofort gesucht. Brandenburger Feilen- u. Werkzeugfabrik, Carl Rabitz, Brandenburg a. D. (796)

Kunstformer und Ziselenre für feinsten Broncegeschloß. Dürkoppers Broncebildgießerei, G. m. b. H., Dürkoppers-Beckhof. Bewerbungen aus den unbefestigten Reichsteilen an R. Egner, Dürkoppers-Beckhof, 6. (796)

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

den Eindruck, Kollege Kummer will die neuen Wege schon jetzt versperren und so gelangte auch eine Resolution mit 250 gegen 200 Stimmen zur Annahme, die das Verhalten Kummer's billigt und die Beschlüsse der Opposition bedauert. Ein Antrag, einen Redner von der Gegenpartei zu hören, wurde somit hinfällig. Kollege Kummer reist für die Winterzeit, so sucht er sich die kleinen Städte aus, wo nach seiner Meinung die Arbeiterchaft nicht so geschult ist. Aber auch dort lernt man langsam die Fehler des alten Vorstandes erkennen und ist von der Notwendigkeit einer Neugestaltung des Verbandes überzeugt.

Erlangen. Am Donnerstag den 27. November fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die als 1. Punkt den Bericht über die Generalversammlung in Stuttgart entgegennahm. Kollege Paul Nigler, der selbst Delegierter war, berichtete und schilderte die Art und Weise der zustande gekommenen Beschlüsse, bedauerte das Ausschneiden des Kollegen Schilde und kennzeichnete die Zusammensetzung des jetzigen Hauptvorstandes nach politischer Parteirichtung. Auch bedauerte der Referent, daß es der Minderheit nicht möglich war, gegenüber den hohen Beiträgen eine Erhöhung der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung, wie es der Vorstand und die Statutenberatungskommission beantragt haben, durchzuführen zu können. Den Bericht schloß Kollege Nigler mit der Aufforderung, trotzdem zusammenzuhalten und mitzuwirken, damit wir auch hier über diese Diktatur einer Minderheit hinwegkommen. In der Diskussion verurteilten alle Kollegen, bis auf einen, die Beschlüsse der Generalversammlung. Eine Entschließung, die folgenden Wortlaut hat, wurde gegen acht Stimmen angenommen: „Die am Donnerstag den 27. November tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Erlangen nimmt Kenntnis von dem Bericht über die 14. ordentliche Generalversammlung des Verbandes. Die Versammlung verurteilt das jedem Rechtsempfinden hohnsprechende gewalttätige Vorgehen der Mehrheit der Delegierten. Sie hat die Überzeugung, daß die Mehrheit der Delegierten auf Grund der bekannten Vorgänge in keiner Weise davon geleitet war, ihre Mandate im Interesse der Gesamtmittelbarkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auszuüben, sondern daß die Mehrheit der Delegierten in allererster Linie von rein politischen Gesichtspunkten bei ihrem Handeln und ihren Entschlüssen sich hat leiten lassen. Statt nach den schweren-Erklärungen des Krieges beizutragen, die die mächtigste Organisation der Welt geschlossen und schlagfertig die ihr in Zukunft erwachenden Aufgaben zum Wohle der werktätigen Bevölkerung und vor allem ihrer Mitglieder bewältigen könne, hat die Mehrheit der Delegierten durch ihre Beschlüsse Unzufriedenheit in weite Kreise der Metallarbeiterchaft getragen und damit, daß die Schlagfertigkeit und Stohkraft des Verbandes geschwächt, statt gefördert wird. Die Versammlung verurteilt ferner aus schärfster die von der Mehrheit gewalttätig erzwungene Art der Zusammensetzung des Hauptvorstandes nach politischen Parteirichtungen, welche der politischen Auffassung der übergroßen Mehrheit der Mitglieder nicht entsprechen dürfte. Es liegt auch darin ein Fehler für die gedeihliche Weiterentwicklung unserer Organisation. Besonders verurteilt die Versammlung, daß die Mehrheit der Delegierten trotz der vorgenommenen Beitragserhöhung die Erhöhung der Sätze für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung abgelehnt hat. Sie erblickt auch in dieser Handlung der Mehrheit eine außergewöhnliche Schädigung der Interessen von Hunderttausenden treuen und alten Verbandsgliedern, die in der gegenwärtigen harten Zeit durch diese Maßnahme noch weiter geschädigt sind. Die Versammlung fordert vom Vorstand und erweiterten Beirat die sofortige Einberufung einer neuen Generalversammlung nach § 36 Abs. 7 des Statuts und verlangt, daß auf dieser Generalversammlung das Statut erneut nach den Vorschlägen des Vorstandes und Statutenberatungskommission zur 14. Generalversammlung revidiert und geändert wird und daß eine erneute Vorstandswahl stattfindet und die Vorstandsmittelglieder, die Mitglieder des Ausschusses und die Redakteure nach Fähigkeit und Tüchtigkeit und nicht vom politischen Gesichtspunkt ausgewählt werden.“

In dieser Versammlung wird uns von mehreren Kollegen aus Erlangen noch mitgeteilt: „Nach einer Pause von 5 Monaten fand endlich einmal wieder eine Versammlung statt, an der von 2000 Mitgliedern etwa 250 erschienen waren. Kollege Nigler benutzte seine Berichterstatterung, um in der schärfsten Weise Stimmung gegen die neue Verbandseitung zu machen. Er gab sich die größte Mühe, seinen Bericht möglichst einseitig zu gestalten, alle Redakteure der Verbandstagsmehrheit wurden als lächerlich hingestellt. Die Erhöhung des Hauptvorstandes auf 9 Mitglieder bezeichnete er als unndig, die 4 alten Vorstandsmittelglieder hätten die Arbeiten sehr gut bewältigen können. Der Mehrheit sei es nur um Schaffung von Kosten zu tun gewesen. Die Erhöhung der Beiträge sei nur notwendig gewesen, um die hohen Gehälter bewilligen zu können. Er verwarf die Beschlüsse, daß diese Anträge von der Statutenberatungskommission noch gestellt waren, welche sich in ihrer Mehrheit an die Rechtssozialisten anschloßen. Die am Schluß des Berichtes verlesene Resolution war so unklar gehalten und wurde so oberflächlich und flüchtig verlesen, daß sie von den Anwesenden kaum verstanden werden konnte. Es ist die höchste Zeit, daß das Protokoll des Verbandstages erscheint, damit sich die Kollegen im Laube ein objektives Bild von den Verhandlungen machen können, und allen diesen Leuten, welche jetzt verhandeln, im Irren zu stehen, das Fundament gelegt werden kann. Besonders hier in Erlangen, der Hochburg der Gegenrevolution, ist Klarheit und Wahrheit sehr notwendig.“

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 22. November vormittags 10 Uhr hielt der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Des Tages des Genossen Haase, des amnestierten und unangelegentlich des Protokollers, wurde in kurzen treffenden Worten gedacht und sein Andenken von der Versammlung in üblicher Weise geehrt. Zur Verhandlung hatte die Ortsverwaltung den Kollegen Fritz Groß delegiert. Hiernach gab Kollege Zander den Kassenbericht. In Mitteilungen hatte die Organisation am 20. September im ganzen 459 den Geschäftsbericht gab Kollege Schilde. Er ging auf die abgeschlossenen Lohnbewegungen ein, griff die Haltung der Arbeitgeber und einiger Verbandsmitglieder, die den Streik der Unioner und Streikführer durchzuführen zu einem vollständigen Kampfe wollten und so den Streikenden in den Rücken stießen. Durch den Streik sind in den beiden Betrieben neuere Lohnverhältnisse und geregelte Verhältnisse erzielt, in der Kleinmetallindustrie Erhöhung des Stundenverdienstes um 20 bis 30 % die Stunde. Dies, was man erhoffte, gelang nicht durchzuführen. Der Lohnschlag wurde für die erste Klasse auf 30 % und für die zweite auf 10 % festgesetzt. Wegen vorgerückter Zeit erfolgte Vertagung. — Am Montag, den 1. Dezember abends 6 1/2 Uhr wurde in demselben Saale der Rest der Tagesordnung erledigt. Den Bericht über die Statutenberatung gab Kollege Schilde, der als Delegierter Königsberg's davon teilgenommen hatte. In längeren Ausführungen gab er die Beschlüsse und Maßnahmen bekannt. Keine alle Redner waren mit diesen Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und ließ folgende Resolution des Kollegen Kummer gegen eine Stimme Annahme:

Die am 1. Dezember 1919 im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltung Königsberg, stellt sich gegen die Beschlüsse der Generalversammlung in Stuttgart. Sie erwartet vom Vorstand, daß derselbe alle Schritte unternimmt, um die in der von der Generalversammlung angenommenen Resolution von Richard Müller verlangte Schaffung eines Industrieverbandes, alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie zusammenzuführen, in die Tat umzusetzen. Die Mitgliederversammlung verurteilt ferner die Arbeitsgemeinschaften in der Überzeugung, daß der Kampf um die Produktionsmittel durch solche Gemeinschaften verfehlt und gescheitert wird. Eine geschlossene Kampffront gegen das Unternehmertum wird als unbedingt notwendig betrachtet. Deshalb werden durch die Gemeinschaften von Unternehmern ausseren Verband zu unterstützen, werden aus schärfster verurteilt und bekämpft.

Unter Punkt Verschiedenes wurde mit dem Verhalten der hiesigen Königsberger Volkszeitung scharfe Abrechnung gehalten. Geachtet wurde das Verhalten der Kollegen, die hinter dem Bericht über die Versammlung vom Sonntag genannter Zeitung stehen. In der Versammlung besaßen diese Kollegen nicht den Mut, gegen die Erhöhung der Beiträge zu stimmen, noch weniger etwas zu sagen. In der Königsberger Volkszeitung dagegen wird von diesen Kollegen versucht, natürlich anonym, die Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu sabotieren. Zweck und Übung der Volkszeitungsmache ist ja klar und ersichtlich, nicht Kritik wird geübt, sondern maklos gehetzt, um Unetnigkeit in die Reihen der Metallarbeiter hineinzubringen. Eine Resolution aus der Mitte der Versammlung fand gegen 3 Stimmen Annahme, in der das Verhalten der Königsberger Volkszeitung verurteilt und der Ortsverwaltung das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Quedlinburg. Am Sonntag den 30. November fand die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt, zu welcher sämtliche Delegierte erschienen waren. Um den ersten Punkt der Tagesordnung, Erhaltung des Verwaltungsberichts, schloß sich eine eingehende Aussprache, in welcher die Beschlüsse der Generalversammlung in Stuttgart, besonders der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung, einer Kritik unterzogen wurden. Es wurde lebhaft bedauert, daß die Mehrheit der Delegierten bei den Beschlüssen so wenig Rücksicht auf die große Zahl der Mitglieder der kleinen Städte und Landorte genommen hätte. Auch das Mundschreiben des Vorstandes vom 8. November erregte Verwunderung deshalb, weil die redaktionelle Haltung des Verbandesorgans so gar nicht im Einklang stand mit dem in dem Mundschreiben Gesagten. Es wurde dabei aber anerkannt, daß die in dem Mundschreiben gewiesenen Wege die richtigen seien, welche im Interesse der Organisation zu gehen seien. Die Ansichten über die besprochenen Punkte wurden in einer Resolution zusammengefaßt, welche folgenden Wortlaut hat: „Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Quedlinburg legt Protest ein gegen die Beschlüsse der Generalversammlung in Stuttgart, soweit diese die Beitragserhöhung betreffen, aber den mittleren und kleinen Verwaltungstellen keine Gegenleistung bei der Beweßung der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung gewährt, diese Verwaltungstellen aber auf den Ausbau dieser sozialen Unterstützungsweize drängen müssen. Aus diesem Grunde wird bei dem Vorstände beantragt, eine neue Generalversammlung anzuberufen, daß die in Stuttgart gefassten Beschlüsse einer Revision unterzogen werden könnten. Gleichzeitig verlangen wir vom Vorstand, dahin zu wirken, das der redaktionelle Teil des Verbandesorgans mit seinem an die Verwaltungstellen gerichteten Mundschreiben vom 8. November im Einklang gebracht wird.“

Metallarbeiter.
Stettin. Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 24. September 1919 sind sämtliche Angestellte der Verwaltungsstelle Stettin zum 1. Januar 1920 gekündigt und ist ihnen anbeimgestellt, sich wieder mit zur Neuwahl zu stellen.

Herzlichen Glückwunsch
zum Jahreswechsel entbietet allen
Verbandskollegen und Mitarbeitern
Die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung
zugleich im Namen des Hauptvorstandes

Rundschau

Vorsicht!
Die aus dem Vorkriegsstand zurückkehrenden Truppen schleppen große Mengen des sogenannten Vermordungsgeldes ein. Die Scheine sind kein gesetzliches Zahlungsmittel. Wer sich vor Schaden bewahren will, vermeide die Annahme dieser Scheine. Die Alldeutschen können ihren betragenen Landbesitz durch diese Fische für ihre Parteilichsammlungen zu Liebhaberpreisen abnehmen.

Berichtung von Staatseigentum.
Neber eine fast ungläubliche Vergewandung von Metallen berichtet die „Reichliche Volkszeitung“ aus Forstun: In den dortigen Betrieben der Deutsch-Eisenwerke — „Mote Erde“ und „Union“ — werden zurzeit in großem Umfange Granaten eingeschmolzen, um das Material wieder für die Friedenswirtschaft zu verwenden. Die Art, wie das geschieht, läßt aber nichts davon erkennen, daß wir an einer recht erheblichen Rohstoffnot auch in bezug auf Kupfer und Messing leiden. Zunächst wurden Leute mit dem Loschlagen der Führungsringe beauftragt; auch die Drehbank wurde zu dieser Arbeit verwendet. Jetzt aber läßt man, wie uns mitgeteilt wird, diese Arbeit nicht mehr machen. Die Granaten werden mit den Führungsringen in die Schmelzöfen gebracht. Das wertvolle Material, aus dem die Ringe hergestellt sind — Material, an dem wir so tiefen Mangel leiden —, geht also völlig verloren. Die Sache wird einem noch unglücklicher, wenn man die Gründe hört, warum dieses Material nicht gewonnen wird. Es wird uns darüber berichtet, daß die Ursache der Streit der Direktoren der verschiedenen Betriebe ist, welcher Betrieb die Transportkosten tragen soll, die entstehen, um die Granaten nach und von dem Raum zu befördern, wo die Ringe anfänglich abgemacht wurden. Ob diese Behauptung stimmt, können wir nicht nachprüfen. Wir geben sie aber wieder, weil ein großes öffentliches Interesse vorliegt. Die Frage, warum es geschieht, ist überaus von sekundärer Bedeutung gegenüber der Frage, ob es zugelassen werden kann, daß auf diese Weise wichtige Materialien vergeudet werden. Und die Frage ist auf alle Fälle zu verneinen. Die maschinellen Leistungen unserer Eisenbahnen, Bergwerke usw. sind wesentlich dadurch herabgedrückt, daß manche Fertigteile aus schlechtem Fertigungsmaterial sind, weil es an Kupfer und Messing, fehlt und anderwärts werden diese Materialien einfach nutzlos gemacht. Nach weiterer Information geht die Zahl der zur Einschmelzung gelangenden Granaten in die Millionen. Rechnet man, daß durchschnittlich ein Führungsring aus 50 g wiegt, so macht dies bei 10000 Granaten schon 500 kg, bei einer Million schon 50000 kg aus.

Sollten die gemachten Angaben stimmen, woran wir nach dem verschiedenen Erfahrungen, welche schon gemacht wurden, nicht zweifeln, so muß sofort eingegriffen und die Verantwortlichen dem Staatsrichter zugeführt werden. Ganze Betriebe in ganz Italien infolge Metallmangels und hier werden diese Ringe vernichtet.

Hus Deutschösterreich.
In der Schlichtung des I. deutschösterreichischen Gewerkschaftskongresses wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Weltfriede hat ein lebensfähiges, national, wirtschaftlich und gesellschaftlich in gleicher Weise unabhängiges Staatswesen geschaffen. Möglich wird der Arbeiterschaft klarer, daß ihre Forderung nach Anschluss an die Deutsche Republik die einzige Möglichkeit zur Sicherung unserer wirtschaftlichen und politischen Zukunft darstellt. Die Entschiedenheit fordert diesen Anschluss und ruft die Proletariermassen und Gewerkschaften der Extreme auf, ihre möglichsten zur Realisierung des Friedensvertrages einzusetzen.“

Vom Ausland

Amerika.
Der Kohlenbergarbeiterstreik in Amerika hat sich zu ungeheurer Größe entwickelt, es sind über 30000 Bergarbeiter im Ausstand. Die Regierung mit ihren Gewaltmethoden hat den Kampf bedeutend verschärft. In verschiedenen Bezirken verhielt das Militär, die

Bergarbeiter mit Waffengewalt in die Grube zu treiben. Der Arbeitsminister Wilson hat den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 21 v. H. zugesprochen, die Grubenbesitzer wollen aber nur 14 v. H. bewilligen. Nach ganz neuen Gesichtspunkten wird jetzt der Streik ausgehandelt. Es wird die Nachricht kolportiert, daß bei diesem Streik die Korruption in einem Teil der Gewerkschaften eine Rolle spielt. Die Regierung habe schon „alle Abmachungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern, welche auf eine Verringerung der Erzeugnisse hingen“, unterzogen. Die Unternehmer hätten im Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern den Streik in Fluss gebracht, weil dadurch die Kohlenpreise steigen würden. Der Zweck dieser Machinationen ist offensichtlich, man will die öffentliche Meinung gegen die Bergarbeiter aufbringen und so deren Kampf zu einem unglücklichen Ende verhelfen.

Mitteilungen des Verlags.
Den Bestellern des Metallarbeiter-Monatskalenders 1920 zur Nachricht, daß dieselben zurzeit versendet werden. — Um uns eine rasche Erledigung der vorliegenden Bestellungen zu ermöglichen, bitten wir, Anfragen u. Reklamationen nach den Kalendern zu unterlassen.
Stuttgart, 12. Dezember 1919 Alexander Schlicke & Co. Buchdruckerei und Verlag.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)
Samstag, 27. Dezember:
Magdeburg, Gesellschaftsbrauerei, 8. Almenau.
Köln i. W., Posten, Volkshaus, 1/8. Weimar, Volkshaus, 8 Uhr.
Sonntag, 28. Dezember:
Nikolai C.-S., Brückner, 10-12 Uhr.
Landsberg, Kattweiler, 3 Uhr.
Freitag, 2. Januar:
Zwickau i. Sa. (Elektromonteur). Schulwitz, Kommerz, 20, halb 6 Uhr.
Samstag, 3. Januar:
Mugsburg (Spengler), Prinz Karl, 7. Chemnitz (Bauleitner), Hungers Restaurant, Augustusburger Str. 9.
Sonntag, 4. Januar:
Erfurt (Elektromont.) Steiniger, 10. Erfurt (HeizungsMonteur) Weimar, Hof, Johannisstr. 74, 10 Uhr.
Magdeburg (Elektromonteur), Restaurant Monopol, Wilhelmstr. 1. Kassel (Elektriker), Philharmonie, 10. Tübing. Westendgarten, 10 Uhr.
Mittwoch, 7. Januar:
Duisburg, D. Greve, 8 Uhr.
Magdeburg (Schmiede), Böhme, Al. Klosterstr. 15.
Dienstag, 13. Januar:
Mugsb. Gewerkschaftshaus, 6 Uhr.
Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.
Salzgungen. Das Bureau befindet sich ab 1. Januar 1920 Bahnhofsstraße 65B. Telefon-Nr. 252. Geöffnet von 10-1 Uhr und von 1/2-6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Gehorben. Ullrich Zwiebel, Metall-drucker, 67 Jahre, Herzschlag. — Karl Haupt, Dreher, 35 Jahre, Herzschlag.

Sonstige Anzeigen

Wahrheiten betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Tüchtige Optiker für Gebelarbeiten bei gutem Akkordebienst stellen dauernd ein.
Boigländer & Sohn, H.-G. in Braunschweig-Gittermarode.

Erfahrene Werkzeugfräser sowie ältere Werkzeugmacher (für Schnitt und Stanzen) sucht der Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmalestraße 11, Zimmer 44. (2792)

Ein Feilenhauer zum Nachhaken, jüngerer oder älterer, Stundenlohn 2,50, sowie 2 Maschinenhauer sofort gesucht. Brandenburg Feilen- u. Werkzeugfabrik, Carl Fabitz, Brandenburg a. S. (2791)

Kunstformer und Ziseleure für feinsten Bronzearbeit gesucht. Düsseldorf Broncebildgießerei, G. m. b. H., Düsseldorf-Oberstraße. Bewerbungen ans den unbefestigten Reichsteilen an G. Egner, Düsseldorf, Wefelerstr. 8. (2795)

Handhauer sofort bei guten Bedingungen gesucht. Karl Kuntel, Altdorf, Friedhofstraße 38. (2793)

Maschinenhauer (Altm. Nordf.), Stundenlohn 2,40, gesucht. (2794) W. Weiler, Feilenhauer, Reumarkt i. Ostf.

Zür Schraubendreher. Tüchtige Facharbeiter für Präzisions-Schraubenschlösser, vorzugsweise auf Schweißautomaten mit Durchlaß 0,5-10 mm eingearbeitet, gegen hohen Lohn gesucht von Schraub.-n. fabrik Oberbachs. (2799) Offerte sind unter F. C. 2799 an den Verlag d. Bl. zu richten.

Grabenre für vertiefte Arbeit auf Formen in dauernde Stellung ein. Deutsche Zahnfabrik-Gesellschaft, Bielefeld & Co., Sprendlingen, Bach a. W. (2798)

Handformer für Graugesteine gut und erprobte Handmaschinenformer sofort gesucht. (2797) H. E. Eder, Weidenscheidt Jena/Saale. (2796) Guten Feilenhauer sofort gesucht. (2795) E. Wankel, Feilenhauer, Weiler a. Saale, Romburgengasse 3. (2794) Geht für dauernde Beschäftigung einen tüchtigen Maschinenhauer auf Betonmaschinen, oder einen Handhauer, der das Maschinenhauen lernen will. O. Fuhrmann, Feilenhauermeister, Altona bei Hamburg, Dreierstr. 18.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.